

Neustart: 1945-1949

Einleitung

Nichts ging mehr im Mai 1945. Ein Neustart war erforderlich – für die Gewerkschaften in Hannover wie in ganz Deutschland. Bis 1933 existierten aktive Gewerkschaften wie z.B. der Deutschen Metallarbeiterverband (DMV). Am 1. April 1933 hatten die Nazis in Hannover das Gewerkschaftshaus gestürmt, in anderen Städten Deutschlands erfolgte dies am 2. Mai 1933. Die Gewerkschaften wurden aufgelöst, viele aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kamen in Haft oder in Konzentrationslager, viele wurden misshandelt und umgebracht. Andere gingen ins Exil, »überwinterten« oder arbeiteten im Untergrund. Das Vermögen der Gewerkschaften wurde vom Nazi-Staat eingezogen. An ihre Stelle trat die Deutsche Arbeitsfront (DAF).

Kurz nach der Besetzung Hannovers durch amerikanische Truppen am 10. April 1945 wurde die Stadt und ganz Niedersachsen der britischen Besatzungszone zugeordnet. Am 8. Mai 1945 kam es zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Die alliierten Streitkräfte der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs teilten Deutschland in vier Besatzungszonen auf.

Von Mai 1945 bis 1949 wurden die IG Metall und die anderen Gewerkschaften in Hannover völlig neu aufgebaut und in fünf Jahren zu schlagkräftigen Organisationen für die Beschäftigten. Die Werbung von Mitgliedern geschah vor Ort in den Betrieben und am 8. April 1946 fand die erste Delegiertenversammlung statt. Schon damals waren wieder etwa 12.000 Metallerrinnen und Metallergewerkschaftlich organisiert.¹ In den nächsten fünf Jahren wuchs die Mitgliederzahl der IG Metall Verwaltungsstelle auf 22.981 Mitglieder, mehr als im DMV 1932.² Die Entwicklung in dieser Zeit war geprägt von zahlreichen Widrigkeiten, einer desolaten gesellschaftlichen Situation mit zerbombtem Wohnraum und einer extrem schlechten Ernährungslage sowie einer verzweifelten Bevölkerung. Viele Kriegsheimkehrer waren traumatisiert und ausgelaugt, viele Frauen hatten ihre Männer im Krieg verloren. Ehemalige Nazis versuchten, unterzutauchen, und viele Opfer der Nazi-Herrschaft waren nicht in der Lage, über ihre Leiden zu sprechen. Die politische Macht lag bei der britischen Militäradministration. Erst am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

Jahr	Politik und Wirtschaft	IG Metall in Bund und Land Gewerkschaften und DGB	IG Metall Hannover
1945	10. April: Einmarsch amerikanischer Truppen in Hannover. Eingliederung in die britische Besatzungszone. 8. Mai: Tag der Befreiung. Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht.	24. Mai: Erste Versammlung von gewerkschaftlichen Delegierten aus den Hannoveraner Betrieben. Als Vorstandsmitglieder werden gewählt: Albin Karl, Hermann Beermann und Louis Böcker.	In den Betrieben bilden sich »Arbeiter-Ausschüsse« oder »Betriebsräte«, die faktisch die Interessenvertretung der Beschäftigten wahrnehmen, auch wenn es noch keine gesetzliche Grundlage gibt. Häufig setzen sie

¹ Bericht über die Delegiertenkonferenz der Wirtschaftsgruppe Metall in der »Allgemeinen Gewerkschaft« am 8. April 1946 in Hannover, Archiv der IG Metall Hannover

² Bericht über die Vertreterversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover am 27. Oktober 1949, Archiv der IG Metall Hannover

	<p>11. Oktober: Gründung des Verbandes der Metallindustriellen Niedersachsens in Hannover</p> <p>12. Oktober: Alliiertes Kontrollrat ordnet einen Lohnstopp an (Direktive Nr.14)</p>	<p>Insbesondere Albin Karl setzt sich für eine »Allgemeine Gewerkschaft mit mehreren Fachgruppen« ein.</p> <p>7. November: Die britische Militäradministration erteilt die Genehmigung für eine »Allgemeine Gewerkschaft« für die Stadt und den Landkreis Hannover.</p>	<p>sich für die Wiederaufnahme der Produktion ein.</p> <p>Für die spätere IG Metall sind in den vorbereitenden Gremien der Gewerkschaften Otto Brenner, Alfred Dannenberg und Heinrich Menius aktiv.</p>
1946	<p>10. April: Betriebsrätegesetz der britischen Militäradministration.</p> <p>31. September: Ergänzung der Direktive Nr. 14: begrenzte Lohnerhöhungen möglich.</p> <p>1. Oktober: Urteile im ersten Nürnberger Kriegsverbrecherprozess</p> <p>1. November: Das Bundesland Niedersachsen wird gegründet.</p>	<p>21. bis 23. August: Auf einer Zonenkonferenz in Bielefeld von Gewerkschaften aus dem Norden und NRW wird beschlossen keine »Allgemeine Gewerkschaft« zu gründen, sondern Einzelgewerkschaften.</p>	<p>8. April: Erste Delegiertenversammlung der Wirtschaftsgruppe Metall der »Allgemeinen Gewerkschaft« in Hannover. Die Delegierten repräsentieren 12.588 Mitglieder. Wahlen:</p> <p>1. Vorsitzender: Otto Brenner; 2. Vorsitzender: Alfred Dannenberg. Streik um die Mitbestimmung bei der Firma Bode-Panzer.</p>
1947	<p>20. April: Landtagswahl in Niedersachsen: Wahlsieg für die SPD: 43,8%. Ministerpräsident: Hinrich Wilhelm Kopf (SPD). Erste Export-Messe in Hannover, die spätere »Hannover Messe«.</p> <p>25. Juni: Wirtschaftsrat in der britisch-amerikanischen Bi-Zone in Frankfurt</p>	<p>20. bis 21. Februar: 1. Gewerkschaftstag der »Industriegewerkschaft Metall für die britische Zone und Bremen« in Peine. Ab Juni tritt die »Allgemeine Gewerkschaft« als »Deutscher Gewerkschaftsbund« auf.</p> <p>31. Oktober: Otto Brenner wird Bezirksleiter des IG Metall Bezirkes Hannover und gibt seine Funktion als Bevollmächtigter ab.</p>	<p>Nach dem Peiner Gewerkschaftstag übernimmt Otto Brenner im Februar als »1. Bevollmächtigter« die Leitung der Verwaltungsstelle Hannover. Alfred Dannenberg wird 2. Bevollmächtigter. Am 24. Februar hat die Verwaltungsstelle 17.440 Mitglieder.</p>
1948	<p>20. Juni: Einführung der D-Mark. (Währungsreform)</p> <p>3. November: Ende des Lohnstopps</p>	<p>3. Februar und ab 28. April: »Hungerstreiks«</p> <p>21. September/15. Oktober: Erste Tarifverträge zwischen dem Verband der Metallindustriellen und der »IG Metall für die britische Zone und Bremen«.</p> <p>19. bis 21. Oktober: Vereinigungsverbandstag in Lüdenscheid: Zusammenschluss zur »IG Metall für die britische und amerikanische Zone«. Gründung von »Arbeit und Leben«</p>	<p>28. Februar: Vertreterversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover. Wahl von Alfred Dannenberg zum 1. Bevollmächtigten.</p> <p>12. Juni: Wahl von Heinrich (»Heini«) Menius zum 2. Bevollmächtigten.</p>
1949	<p>23. Mai: Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch Verkündung des Grundgesetzes.</p> <p>14. August: Erste Bundestagswahl. Wahlsieg für die CDU/CSU: 31%.</p> <p>15. September: Bundeskanzler Konrad Adenauer</p>	<p>1. September: Gründung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Beiratssitzung: Beitritt der IG Metall aus der französischen Besatzungszone.)</p> <p>12. bis 14. Oktober: Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Vorsitzender: Hans Böckler</p>	<p>27. Oktober: Vertreterversammlung: Die IG Metall Verwaltungsstelle Hannover hat jetzt 22.981 Mitglieder</p>

Die Lebenssituation der Menschen

Die Innenstadt von Hannover war wie viele andere Großstädte fast völlig zerstört. Der Reporter der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, Dieter Tasch, beschreibt die Situation so: »Aus Hannover wurde eine Ruinenwüste mit sechs Millionen Kubikmeter Trümmern, eine unvorstellbare Menge. 14.000 Häuser waren zerstört. 1939 hatte eine letzte

Bestandsaufnahme 147.222 Wohnungen in Hannover ergeben. Nun Anfang April existierten davon noch 59.875. Doch auch von ihnen war der überwiegende Teil mehr oder weniger beschädigt. Nur 9.400 Wohnungen hatten keinen Schaden.«³ Dazu kam, dass es für geflüchtete Menschen aus den Ostgebieten Zwangseinweisungen gab, was bedeuten konnte, dass eine Hannoveraner Familie ein oder zwei Zimmer ihrer Wohnung oder ihres Hauses freimachen musste. So erging es auch Jürgen Peters, dem späteren IG Metall Vorsitzenden: Die Familie wurde zwangsweise in Limmer einquartiert. Die Hausbesitzerinnen – zwei alte Damen – waren darüber alles andere als begeistert. Peters erinnert sich: »Kurzzeitig wohnten wir mit 6 Personen, später dann mit 4 Personen in zwei Zimmern. Es gab kein Badezimmer, und die Toilette war außerhalb der Wohnung. Wahrlich keine luxuriöse Herberge. Sehr viel später hatten wir das Glück, eine Neubauwohnung mit 76 qm in Linden beziehen zu können. Mein Bruder und ich hatten erstmals ein eigenes Zimmer. Das war schon so etwas wie Luxus.«⁴

Die spätere Betriebsrätin bei Volkswagen, Margot Krey, berichtet über ihre Situation nach der abenteuerlichen Flucht ihrer Familie aus Ostpreußen über Rostock und Lüchow-Dannenberg: »Nachdem wir erst einige Monate in einem Lager in Uelzen gelebt hatten, kamen wir 1949 nach Hannover-Anderten, weil wir nachweisen konnten, dass mein Vater in Hannover lebte und arbeitete. Wir lebten dort mit 25 Personen in einer Gaststätte. Nach einem Jahr wurden wir in ein ehemaliges Lager für sowjetische Kriegsgefangene nach Laatzen verlegt, wo 96 Familien untergebracht waren. Es gab nur einen Betonfußboden und kalte Steinwände. Dort lebten wir 9 Jahre lang. Erst 1957 bekamen wir in Laatzen eine Drei-Zimmer-Wohnung mit Bad und Toilette.«⁵

Ende 1945 war die Einwohnerzahl von Hannover auf 302.000 gestiegen.⁶ Viele der Flüchtlinge mussten bis weit in die 1950er Jahre in Barackensiedlungen leben. Der Historiker Harald Jähner schreibt: »Über die Hälfte der Menschen in Deutschland waren nach dem Krieg nicht dort, wo sie hingehörten oder hinwollten, darunter 9 Millionen Ausgebombte und Evakuierte, vierzehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, zehn Millionen entlassene Zwangsarbeiter und Häftlinge, Abermillionen nach und nach zurückkehrende Kriegsgefangene.«⁷ Ein Reporter schildert eine Nacht im Bahnhof Hannover: »Eine Welle warmer, dicker Luft schlägt mir entgegen, als ich die Treppe vom Bahnsteig 3 heruntergehe. Zwischen Säcken, Pappkartons, Koffern, Apfelschalen, Papierfetzen und leeren Zigarettenschachteln sitzen und liegen Hunderte von Menschen entlang der feuchten, glitzernden Wände. Nur ein schmaler Weg in der Mitte des Tunnels ist frei. Nach einigem Suchen gelingt es mir, in diesem Durcheinander von Körpern und Gepäck einen Platz für meinen Koffer zu finden.«⁸

Neben der schlechten Wohnsituation war die Ernährungslage zum Verzweifeln, insbesondere im »Hungerwinter« von 1946 und 1947. Die schlechte Ernährungslage war das dominierende Thema auch der Gewerkschafter der ersten Stunde. Die Versorgungslage sollte sich erst Ende des Jahres 1948 verbessern. Das schon bei Kriegsbeginn 1939 eingeführte System der Bewirtschaftung und Zuteilung über Lebensmittel-Marken wurde nach 1945 von der britischen Militäradministration fortgeführt. Die Menschen konnten nur

³ Tasch, Dieter (1985): Hannover zwischen Null und Neubeginn, S. 15

⁴ Zeitzeugengespräch mit Jürgen Peters

⁵ Zeitzeugengespräch mit Margot Krey

⁶ Tasch, a.a.O., S. 181

⁷ Jähner, Harald (2019): Wolfszeit – Deutschland und die Deutschen 1945–1955, Berlin, S. 10

⁸ Ebd., S. 115

so viel Lebensmittel kaufen, wie sie »Marken« hatten. Für diejenigen, die körperliche Schwerarbeit leisteten, gab es zusätzliche Marken. Die Tagesrationen für einen Erwachsenen lagen deutlich unter 2.000 Kalorien. In der Zeit vom 13. Oktober bis 9. November 1947 waren gerade mal 1.425 Kalorien pro Kopf vorgesehen.⁹ Davon konnte niemand satt werden.

Die Ernährungslage wurde 1947 bis 1948 immer schlechter. Es kam zu Streiks und Protestaktionen, die später als »Hungerstreiks« bezeichnet wurden (vgl. hierzu S. XXX).

Zeitzeugen aus der IG Metall zur Hungersituation nach 1945¹⁰

Harri Weigelt, der spätere Betriebsratsvorsitzende von Wabco Werk 2 schildert seine Situation so: »Meine Mutter und meine Großmutter haben ganz gut für uns gesorgt. Von einer Hungersnot kann ich nicht sprechen. Hunger haben wir zwar gehabt. Aber wir waren schwer auf Draht und sind aufs Land gegangen und haben versucht, irgendwas zu ergattern. Das hat auch meistens geklappt. Bei uns war das Problem mit dem Anziehen. Da hatten wir keine Beziehungen. Ich habe einen Pullover gehabt, den habe ich drei Jahre lang jeden Tag angezogen.«

Fritz Cichy, der spätere Betriebsratsvorsitzende von kabelmetal, hatte Glück. Er blieb als 15-jähriger auf einer Reise von Bayern nach Hamburg in Hannover hängen, kam zunächst als Erntearbeiter zu einem Bauern und fand später eine Lehrstelle als Bäcker in der Nordstadt. Über diese Arbeitsstelle hatte er »inoffiziellen« Zugang zu Nahrungsmitteln. Seine spätere Frau, **Hannelore Cichy**, berichtet von einer »katastrophalen Versorgungslage« in Hannover: »In der Zeit bis 1949 haben wir häufig Hunger geschoben.«

Ganz anders erging es **Jürgen Wunnenberg**, dem späteren Betriebsratsmitglied bei VARTA. Auf die Frage nach der Versorgungssituation und dem Hunger antwortet »Wunni«, wie er von seinen Kollegen genannt wird: »Was wir da an Kartoffeln auf dem Feld nachgehackt haben, das war schon enorm. Die Mutter und die Großmutter haben dann aus Zuckerrüben Rübensaft gekocht, der damals Stipps hieß. Die Zuckerrüben lagen auf den Wegen rum. Mein Onkel arbeitete bei der Hanomag und hat eine Art Fruchtpresse gebaut, dann mussten wir nächtelange die Masse kochen und rühren.«

Heinz Jewski, der spätere VK-Leiter von Telefunken berichtet, dass er in der Zeit von 1945 bis ca. 1948 mit seiner Mutter und seiner Großmutter häufig aufs Land fuhr, um dort vom Feld überschüssige Kartoffeln und Ähren zu sammeln. Er hat auch mitbekommen, dass seine Mutter bei Bauern Nahrungsmittel gegen Schmuck getauscht hat.

Reichere Menschen, die sich auf dem Schwarzmarkt Lebensmittel besorgen konnten, setzten sie teilweise gezielt ein, um dadurch andere Vorteile zu erlange. **Karl Heinz Hesse**, der spätere Betriebsratsvorsitzende von Berstorff, weiß zu berichten: »Als Vollwaisen wurden wir in der Schule immer zurückgesetzt, weil wir ja keine Eltern hatten. Die Kinder von Eltern, die ein geregeltes Auskommen hatten, wurden nämlich bevorzugt, da sie den Lehrern Butter, Milch usw. mitbrachten.«

Lust auf eine bessere Zukunft

⁹ IG Metall Bezirksleitung Hannover, Schlaglichter – 50 Jahre IG Metall Bezirk Hannover, 1998; S. 31

¹⁰ Zeitzeugengespräche Harri Weigelt, Fritz Cichy, Jürgen Wunnenberg, Heinz Jewski und Karl Heinz Hesse

In Zeiten der größten Not mit Hunger, Wohnungsnot, Vertreibung, Trauer um die im Krieg gefallenen Menschen und der Rückkehr von traumatisierten Soldaten gab es gleichwohl erste Signale, die die Lust und die Hoffnung auf ein besseres Leben zum Ausdruck brachten. Bereits 1945 besang Rudi Schuricke die »Capri Fischer« und ein Jahr später trällerte Hans Bardeleben den Ohrwurm »Wochenend und Sonnenschein«. Mit Blick auf die englische, amerikanische und französische Besatzungszone hieß es in einem Schlager. »Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien«. Gerade viele junge Frauen hatten Lust, etwas zu erleben und ihr jugendliches Leben, soweit überhaupt möglich, zu genießen. Ein Foto, das bereits 1946 entstand, zeigt zwei junge Hannoveranerinnen in einer Trümmerlandschaft vor einem Plakat, das zu einer Tanzveranstaltung einlud.

Ein großes Problem der damaligen Zeit war der »Frauenüberschuss«. Da viele junge Männer im Krieg gefallen waren, kamen noch 1950 auf 1.000 Männer 1.362 Frauen.¹¹ Dieses Ungleichgewicht war in der jungen Generation und in den Großstädten noch größer. Von den Jahrgängen 1920 bis 1925 kehrten fast 40% der Männer nicht aus dem Krieg zurück. Viele junge Frauen hatten keine Chance, einen Ehe- oder Lebenspartner zu finden. Die gewerkschaftsnahe Heimvolkshochschule Hustedt bei Celle bot zu diesem Thema 1949 ein spezielles einwöchiges Seminar an: »100 Männer – 150 Frauen. Fragen, die der Frauenüberschuss stellt.«¹²

Verdrängung der Nazi-Zeit und der eigenen Schuld

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wollte zu jener Zeit über die Grauen des Faschismus und des Krieges, den Mord an über sechs Millionen Juden in Europa und die Opfer des deutschen Angriffskrieges in der Sowjetunion und in Osteuropa nicht sprechen oder daran erinnert werden. Für Viele hatten »wir« den Krieg verloren. Der 8. Mai 1945 wurde als Tag der Niederlage wahrgenommen, nur wenige sahen in ihm einen Tag der Befreiung. Dazu gehörten die überlebenden Zwangsarbeiter und Juden, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und alle politischen Kräfte, die von den Nazis unterdrückt wurden: Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, aber auch christliche Demokraten und Liberale.

Viele andere wollten einen Schlussstrich ziehen und weiterleben, ohne die Nazi-Zeit aufzuarbeiten. Die Sozialpsychologin Margarete Mitscherlich sprach von »der Unfähigkeit zu trauern«. In dem DEFA-Film »Die Mörder sind unter uns!« mit Hildegard Knef in der Hauptrolle wurde 1946 gezeigt, wie ein ehemaliger Nazi und Kriegsverbrecher entlarvt wird – derartige Filme waren damals die Ausnahme. Der Historiker Harald Jähner schreibt dazu: »Der Holocaust spielte im Bewusstsein der meisten Deutschen der Nachkriegszeit eine schockierend geringe Rolle. Etliche waren sich zwar der Verbrechen an der Ostfront bewusst, und eine gewisse Grundschild, den Krieg überhaupt begonnen zu haben, wurde eingeräumt, aber für die millionenfache Ermordung der deutschen und europäischen Juden war im Denken und Fühlen kein Platz.«¹³ In Hannover zwangen die Alliierten ehemalige Nazi-Größen, ermordete sowjetischen Zwangsarbeiter auszugraben und die Bevölkerung zur Teilnahme an einer ehrenvollen Bestattung aufforderte.

¹¹ Jähner, a.a.O., S. 176

¹² Bildungszentrum HVHS Hustedt (Hrsg.), Seminarprogramm 1949, Beilage zur Broschüre »Erinnern für Morgen« – zum 70-jährigen Bestehen des Bildungszentrums, Hustedt 2018

¹³ Jähner, a.a.O., S. 12

Ende April 1945 wurde von den alliierten Streitkräften auf dem Seelhorster Stadtfriedhof ein Massengrab entdeckt. Hierbei handelte es sich zum großen Teil um Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, aber auch aus anderen osteuropäischen Ländern. Der hannoversche Gestapo-Chef, Johannes Rentsch, hatte am 6. April auf dem Friedhof 154 Zwangsarbeiter erschießen und in einem Massengrab verscharren lassen. Einer der Zwangsarbeiter, der Russe Pjotr Palnikow, konnte als einziger entkommen und informierte die Alliierten.

Die amerikanische Militärregierung forderte die hannoversche Bevölkerung auf, an der Ausgrabung und der Überführung der Ermordeten zum Maschsee-Nordufer teilzunehmen. Für die Ausgrabung und erneute Bestattung wurden 200 stadtbekannt Mitglieder der NSDAP zwangsbeordert. Die Ermordeten wurden in weiße Tücher gehüllt, mit Blumen bedeckt und auf LKWs zum Maschsee-Nordufer überführt. Den Lastwagen folgte ein langer Trauerzug. Zusammen mit 232 weiteren Zwangsarbeitern liegen am Maschsee-Nordufer insgesamt 386 Opfer begraben. Seit dem 16. Oktober 1945 erinnert bis heute dort ein Ehrenmal an sie. Auch auf dem Stadtfriedhof in Seelhorst erinnert am Tatort eine Stele an die Opfer der Erschießungen.

Das Mahnmal wurde viele Jahre vernachlässigt und teilweise beschädigt. In den 1970er Jahren wurde die Gedenkstätte von der DGB-Jugend wiederhergerichtet, und wird seit vielen Jahren von der IG Metall Jugend betreut. Jährlich findet hier am 1. September, dem Anti-Kriegstag, eine Gedenkveranstaltung der IG Metall Jugend statt. Alle fünf Jahre wird gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover auf einer größeren Veranstaltung erinnert. Außerdem gedenkt am 6. April jeden Jahres die IG Metall an einem Mahnmal auf dem Seelhorster Friedhof.

Die politische Situation

Für die gewerkschaftliche Arbeit war die besondere politische Situation mit entscheidend. In Hannover wurde der britische Major G.H. Lamb als Stadtkommandant eingesetzt, dieser bestimmte am 11. April 1945 den Sozialdemokraten Gustav Bratke als kommissarischen Oberbürgermeister. Bratke und die Stadtverwaltung hatten kaum eigene Gestaltungsmöglichkeiten, mussten vor allem die Anweisung von Lamb ausführen.

Zur Situation im Mai 1945 in Hannover schreibt der Reporter der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung Simon Benne: »Eine funktionierende Ordnungsmacht gibt es in diesen Tagen nicht. Unter den 217.000 Menschen, die noch in der zerstörten Stadt leben, sind 54.000 Ausländer. Die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter sind teils auf Rache und Beute aus. Doch auch viele Deutsche werden in Not und Chaos zu Plünderern.«¹⁴ Beispielsweise werden die Betriebshallen der Firma Hackethal für mehrere Monate von Zwangsarbeitern besetzt, die dort Unterkunft suchten.¹⁵

Die Direktiven der vier Alliierten gaben bis 1947 die Rahmenbedingungen für ganz Deutschland vor. Für die Gewerkschaften war die Direktive Nr. 14 des Alliierten Kontrollrates vom 12. Oktober 1945 von großer Bedeutung. Dort wurde bestimmt, dass alle Lohn- und

¹⁴ Benne, Simon (2016): Als der Friede nach Hannover kam, Hannover

¹⁵ Angabe von Rolf Homeyer aufgrund von Zeitzeugengesprächen mit Beschäftigten von Hackethal (Willi Becker und Fritz Kleine)

Gehaltsbestimmungen aus der Nazi-Zeit fortgelten, und es wurde ein Lohnstopp verfügt. Dies sollte die Handlungsmacht der bald entstehenden Gewerkschaften deutlich einschränken. Eine Direktive vom September 1946 ermöglichte begrenzte Lohnerhöhungen. Erst Anfang November 1948 wurde der Lohnstopp beendet und die Gewerkschaften konnten die ersten Lohn- und Gehaltstarifverträge abschließen.

Im April 1946 erließ die britische Militäradministration ein Betriebsrätegesetz, das die Wahl von Betriebsräten auf eine gesetzliche Grundlage stellte und nur aus 13 Paragrafen bestand. Es sah die jährliche Wahl von Betriebsräten vor. Im Artikel II,2. hieß es ausdrücklich: »Funktionäre der früheren Deutschen Arbeitsfront oder Mitglieder der NSDAP können nicht Mitglieder des Betriebsrates sein.« Darin waren zwar zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten der Betriebsräte geregelt, eine erzwingbare Mitbestimmung in zentralen wirtschaftlichen Angelegenheiten fehlte jedoch. Es wurde allerdings die Möglichkeit eröffnet, in einer Betriebsvereinbarung Mitbestimmungsrechte zu verankern. Dies sollte für die Betriebspolitik der IG Metall von entscheidender Bedeutung sein und bildete letztlich die Grundlage für den erfolgreichen Streik bei der Fa. Bode-Panzer in Hannover um eine Betriebsvereinbarung zur Mitbestimmung des Betriebsrates (vgl. hierzu S. XXX).

Am 1. November 1946 wurde das Bundesland Niedersachsen gegründet und vier Monate später fanden die ersten Landtagswahlen statt. Die SPD gewinnt mit 43,8% der Stimmen diese Wahl und bildete eine Allparteien-Regierung unter Leitung des Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf (SPD). Am 25. Juni 1947 tritt in Frankfurt der »Wirtschaftsrat« für die amerikanische und britische Zone erstmals zusammen und übernimmt Verwaltungsaufgaben, insbesondere die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung.

Mit dem Beginn des »Kalten Krieges« hatten sich die Schwerpunkte der Politik der USA und der Westmächte verschoben. Nicht mehr die konsequente Verfolgung von Nazi-Verbrechern stand im Vordergrund, sondern die Durchsetzung ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung, einschließlich der Bekämpfung des Kommunismus. Die »Entnazifizierung« durch sog. Spruchkammern wurde immer weniger konsequent betrieben. Viele ehemalige Nazi besorgten sich Erklärungen, in denen ihnen nur eine Art Mitläufertum bescheinigt wurde. Diese Scheine zum Nachweis einer angeblich weißen Weste wurden damals als »Persilscheine« bezeichnet. So wurden viele ehemalige Nazi lediglich als »Mitläufer« eingestuft und waren bald wieder in entscheidenden Positionen im Staat, der Justiz und der Wirtschaft.

Entscheidend für die weitere Entwicklung war die Einführung der D-Mark in den drei Westzonen am 20. Juni 1948.

Die Spannungen zwischen West und Ost wurden 1948 bei der Berlin-Blockade mehr als deutlich. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 7. Oktober 1949 markieren die deutsche Teilung. Die erste Bundestagswahl gewann die CDU mit 31% der Stimmen. Sie führte unter Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Koalitionsregierung, die auf die Orientierung an die westlichen Alliierten, insbesondere an die USA setzte.

Im Grundgesetz wurde 1949 im Artikel 9 festgeschrieben, dass die Gewerkschaften eigenständig (autonom) handeln können und die Tarifautonomie verankert. Dies wurde im Tarifvertragsgesetz (TVG) konkretisiert. Unmittelbar nach Kriegsende und der Zerschlagung der Nazi-Herrschaft waren sich alle politischen Parteien in der Ablehnung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems einig. Diese Grundhaltung änderte sich nicht zuletzt aufgrund der Orientierung an den gesellschaftspolitischen Werten und ökonomischen

Interessen der Westalliierten. In das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurden in den Artikeln 14 und 15 immerhin Regelungen geschrieben, dass Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit zulässig sind, sowie Grund, Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden können. Eine entsprechende Passage findet sich bis heute im § 2 der Satzung der IG Metall.

Die weitergehenden Forderungen der Gewerkschaften nach einer Neuordnung des Wirtschaftssystems lassen sich festmachen an Punkten wie der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Demokratisierung der Wirtschaft (»Wirtschaftsdemokratie«), der umfassenden Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften in den Unternehmen auch bei wirtschaftlichen Fragen und der Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten, die wesentliche wirtschaftliche Entscheidungen treffen sollten. Diese Forderungen blieben viele Jahre das Leitbild der Gewerkschaften für eine Wirtschaft jenseits des Kapitalismus, traten aber ab Mitte der 1950er Jahren mehr und mehr in den Hintergrund.

Situation in den Betrieben

Im Geschäftsbericht der »Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft« finden sich für 1946 Angaben zu den hannoverschen Metallbetrieben. Gewerkschaftlich erfasst waren 115 Industriebetriebe plus 670 Handwerksbetriebe. Zahlreiche Betriebe existieren heute nicht mehr bzw. haben einen anderen Namen. In den handschriftlichen Anwesenheitslisten der ersten Delegiertenversammlungen im Jahr 1946 finden sich beispielsweise folgende Betriebsnamen:¹⁶

- Hanomag (heute Komatsu Germany GmbH)
- Westinghouse Bremsen GmbH (heute ZF-Wabco)
- Hackethal (später kabelmetal und Nexans)
- Berstorff (heute KraussMaffei Extrusion GmbH)
- Paul Troester
- Siemens
- Bode-Panzer
- Dreyer-Rosenkranz-Droop (die Firma ging später in der Fa. Meinecke bzw. Sensus auf)
- Eisenwerk Wülfel (heute Renk AG)
- Max Müller
- Deutsche Edelstahl
- Louis Eilers
- Vereinigte Leichtmetallwerke VAW Leichtmetall (heute Arconic Extrusion)
- G. und F. Strathe
- Wohlenberg
- Huth Apparatebau (später Telefunken) u.a.

Der mit Abstand größte Metallbetrieb war damals die Hanomag. Der zweitgrößte Metallbetrieb kam erst 1948 in den Organisationsbereich der IG Metall – die damalige

¹⁶ Berichte der Delegiertenversammlung der Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft, 1946, Archiv der IG Metall Hannover

Akkumulatorenfabrik (AFA bzw. »Akku«), später VARTA, heute Clarios. Heutige Großbetriebe wie Volkswagen Nutzfahrzeuge oder MTU existierten damals noch nicht.

Auch wenn die Innenstadt von Hannover durch Bombenangriffe fast völlig zerstört war, war der Zerstörungsgrad der Industriebetriebe sehr unterschiedlich. Einige waren völlig zerstört, etliche andere Betriebe hatten gar keine bzw. nur geringe Beschädigungen aufzuweisen. Die Beschäftigten und ihre spontan gewählten Vertreter, die sich schon damals Betriebsräte nannten, gingen mit der Situation sehr unterschiedlich um.

Von der Fa. Max Müller wird Folgendes berichtet: Der Besitzer Max Müller war von den britischen Besatzungstruppen abgesetzt worden und war im Eichsfeld abgetaucht. Eine Delegation von Beschäftigten suchten ihren ehemaligen Chef dort auf und fragten, welche Arbeiten bei der Instandsetzung des Betriebes zu erledigen seien.¹⁷

Die Belegschaft des Kabelherstellers Hackethal begann quasi auf eigene Faust in Absprache mit dem Betriebsrat damit, in dem teilweise zerstörten Betrieb aufzuräumen und erste Instandsetzungsarbeiten durchzuführen.¹⁸ Der Großbetrieb Hackethal im Norden von Hannover – die Firma sollte später viele verschiedenen Namen haben – wurde im Jahr 2019 von dem französischen Nexans Konzern brutal geschlossen. Das Werk am Kabelkamp und ein hannoverscher Traditionsbetrieb war damit Geschichte.

Hackethal, später kabelmetal, danach Nexans, Teil 1

Schon 1900 gründeten die Brüder Emil, Jacob und Joseph Berliner die Hackethal-Draht-Gesellschaft mbH in Hannover. Erst gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Unternehmen in die Rüstungsproduktion eingegliedert und während der Luftangriffe zu mehr als 70 % zerstört.

Vor Kriegsende 1945 existierten auf dem ursprünglichen Betriebsgelände zwei Unternehmen, die betriebswirtschaftlich selbständig waren: die »Widerstand« mit ca. 1.000 Beschäftigten und Hackethal mit ca. 500 Beschäftigten. In beiden Betrieben wurden Rüstungsgüter auch mit einer erheblichen Zahl ausländischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Russland, Frankreich und Polen produziert. Sie waren in Gefangenenlagern in der Nähe des Werkes untergebracht. Nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen besetzten sie für ca. 5-8 Wochen das Werk.

Unklar blieb bis heute, wie dann die ersten Schritte des Wiederaufbaus organisiert wurden. Treibende Kraft dabei war offensichtlich Alfred Schliwin, der als gelernter Dachdecker und KPD-Mitglied während des Krieges als Betriebsfremder zu Hackethal kam. Er wurde am 5. November 1945 bei den ersten Obleutewahlen als Betriebsobmann gewählt. Zu diesem Zeitpunkt waren knapp 400 Arbeiter und 100 Angestellte im Werk beschäftigt. Von 1945 bis 1948 verdreifachte sich die Belegschaftszahl auf 1.500.

Schliwin war auch eine treibende Kraft beim Aufbau der Einheitsgewerkschaft Wirtschaftsgruppe Metall, wobei er in den Gründungsversammlungen für die Sozialisierung der Betriebe eintrat. Bei den Betriebsratswahlen 1947 wurde er nicht wieder in den

¹⁷ Zeitzeugengespräch mit Dieter Schaefer

¹⁸ Zeitzeugengespräch mit Rolf Homeyer

Betriebsrat gewählt. Sein Nachfolger wurde zunächst der Kollege Grass und 1948 für viele Jahre der Kollege Meichsner.

Anfang Mai 1945 wurde das Werk von den dort ehemals beschäftigten russischen Kriegsgefangenen besetzt. Sie beabsichtigten ursprünglich, die Produktionsanlagen des Werks zu zerstören. Durch den engen Kontakt von Schliwin zu den russischen Gefangenen konnte dies verhindert werden. Da noch Bestände an Aluminiumblechen existierten, wurde nach den Aufräumungsarbeiten zunächst die Produktion von Kochtöpfen, Küchensieben, Schaumkellen und Lockenwicklern begonnen. Mit der Betriebsleitung wurden zudem wichtige Rechte durchgesetzt: Mitbestimmung bei der Produktion und bei Einstellungen; Werksangehörige erhielten Kohlen zum Heizen ihrer Wohnungen. 1946 wurde das Unternehmen von der Demontageliste gestrichen.

(Fortsetzung des Firmenportraits auf S. XXX)

Kaum Demontagen

Anders als in anderen Regionen Deutschlands gab es in Hannover kaum Demontagen von Betrieben durch die britische Besatzungsmacht. Teilweise haben die Beschäftigten und ihre Betriebsräte geplante Demontagen behindert. So berichtet der spätere Betriebsratsvorsitzende der VARTA, Valentin Orth, wie sie sich gegen die Teildemontage der damaligen Akkumulatorenfabrik (AFA) wehrten: »Die Engländer suchten sich die besten Maschinen heraus, indem sie die Nummern auf den Maschinenschildern notierten. Wir wiederum haben die Schilder nachts abmontiert und gegen Schilder älterer Modelle ausgetauscht, so behielten wir einige gute Maschinen im Lande ...«. ¹⁹ In vielen Betrieben, die nur unwesentlich zerstört waren, wurde im Jahr 1945 im Grunde genommen weiter gearbeitet wie zuvor, wobei es häufig zu Material- und Energieengpässen kam. Deshalb wurde in etlichen Betrieben lediglich 36 Stunden pro Woche gearbeitet; erst später erhöhte sich die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche, einschließlich des Samstages.

Eine Besonderheit stellten diejenigen Betriebe dar, die von der britischen Militäradministration direkt angeeignet wurden. Ein Beispiel ist die Firma Heavy Workshop REME, die einen Teil des Hanomag Geländes einnahm, ca. 2.500 Beschäftigte umfasste und LKWs für die britische Armee herstellte bzw. instand setzte. REME steht für »Royal Electrical und Mechanical Engineers« (Königliche Elektro- und Maschinenbau Ingenieure). Der Betrieb wurde erst Ende 1952 geschlossen und 2.500 Beschäftigte entlassen. ²⁰

Hanomag, Teil 1

Wer heute über den Deisterkreisel in Linden-Süd zu den beiden Baumärkten fährt, sieht rechts und links große, wuchtige Industriegebäude aus dem vorigen Jahrhundert. Es sind die Werkhallen der Hanomag – der »Hannoverschen Maschinenfabrik AG«, die heute nicht mehr existiert. Auf dem Gelände findet sich inzwischen die Nachfolgefirma Komatsu Germany GmbH, die Baufahrzeuge produziert.

Die Hanomag gehört zu den ältesten Hannoveraner Metallbetrieben und war lange Zeit der größte Metallbetrieb in Hannover. Vorläufer des Unternehmens war die »Eisen-Giesserei und Maschinenfabrik Georg Egestorff«, die 1835 im damaligen Dorf Linden gegründet wurde. Nach Kriegsende wurde die Produktion schnell wieder hochgefahren: Im September

¹⁹ VARTA AG, 100 Jahre VARTA, 1888 bis 1998 Geschichten zur Geschichte, Report Nr. 3, Seite 11

²⁰ Archiv der sozialen Demokratie der FES, 5/IGMA45074023

1945 arbeiteten bei der Hanomag bereits 3.000 Beschäftigte,²¹ 1948 waren es dann 5.500 Beschäftigte.²² Es wurden beispielsweise Traktoren und Schlepper mit 100 PS und 40 PS sowie später auch mit 20 PS produziert. Noch später kamen 8-Tonnen-Anhänger hinzu. Die Belegschaft war zu 93% in der Metallgewerkschaft organisiert. Der Durchschnittsverdienst betrug 1946 etwa 1,07 Reichsmark (RM) pro Stunde. Je nach Lohngruppe gab es eine Schwankungsbreite von 0,82 RM bis 1,27 RM.²³ Der einflussreiche Betriebsrat und sein Vorsitzender Ernst Winter, die gleich im Mai 1945 in Absprache zwischen Belegschaft und Geschäftsführung eingesetzt wurden, vertrat die Interessen der Belegschaft engagiert und hatte innerhalb der IG Metall in Hannover lange einen dominierenden Einfluss. Viele einflussreiche Gewerkschafter und Politiker haben einige Jahre bei der Hanomag gearbeitet, so etwa Otto Brenner und Jürgen Peters sowie der spätere Oberbürgermeister von Hannover August Holweg.

Die Protokolle der Betriebsratssitzungen der Hanomag in der Zeit von 1945 bis 1946 sind erhalten geblieben.²⁴ Es fällt auf, dass in dieser Zeit der Betriebsrat großen Wert auf eine konsequente Entnazifizierung legte. So durften ehemalige NSDAP-Mitglieder nicht Mitglied der Gewerkschaft werden, Einstellungen wurden nur bei Vorlage einer »Unabkömmlichkeits-Bescheinigung« genehmigt. Auch Werkswohnung durften nicht an Ex-Nazis vergeben werden. Der Betriebsrat startete mehrere Initiativen für Kranzniederlegungen an Mahnmalen der Opfer des Faschismus und für Umbettungen von Opfern der SS in würdige Grabstätten. Themen der Betriebsratssitzungen waren die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung. Am 13.11.1945 wurde die 48 Stunden Woche eingeführt. Wegen der mangelnden Lebensmittelversorgung wurde sie dann aber wieder kurzfristig auf 40 Stunden herabgesetzt.

Die enge Verbindung von Ernst Winter zur SPD ist auch daran zu erkennen, dass der erste SPD-Bundesparteitag am 8. bis 11. Mai 1946 auf dem Hanomag Gelände stattfand. Bei der Eröffnung des Parteitages dankt der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ausdrücklich den Hanomag-Arbeitern, die für die Ausstattung des Sitzungssaales gesorgt hatten.²⁵

Nach 1952 kam die Hanomag zur Rheinstahl AG und hatte bald wieder 10.000 Beschäftigte. Es wurden überwiegend Nutzfahrzeuge und Baumaschinen hergestellt. 1974 verkaufte Rheinstahl die Hanomag an den kanadischen Baumaschinenhersteller Massey Ferguson (siehe Teil 2 des Firmenportraits auf S. XXX)

Ernst Winter²⁶

* 13. August 1890 in Aerzen; † 7. März 1954 in Hannover;

Betriebsratsvorsitzender Hanomag

²¹ Hartmann, Franz (1977): Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem zweiten Weltkrieg; Dissertation Universität Göttingen, S. 114

²² Schulze, Peter (1990): Nicht die Zeit um auszuruhen. Dokumente und Bilder zur Geschichte der Hannoverschen Arbeiterbewegung, 1814–1946, S. 612

²³ Protokoll der Tagung der Delegierten der Betriebsräte der Fahrzeugindustrie in der britischen Zone, 9.-11. September in Hannover

²⁴ Protokolle der Betriebsratssitzungen der Hanomag vom 13.9.1945 bis 11.3.1946, Archiv der IG Metall Hannover

²⁵ SPD, Protokoll des Parteitages im Mai 1946 in Hannover

²⁶ Hartmann, a.a.O., S. 536

Ernst Winter wurde 1906 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). Ab 1920 war er Betriebsratsmitglied und von 1922 bis 1929 Betriebsratsvorsitzender der Firma Hanomag. Von 1929 bis 1933 war er Sekretär des DMV in Hannover. 1933 wird er entlassen und verdient seinen Lebensunterhalt als Handelsvertreter. Wegen illegaler Gewerkschaftsarbeit wird er mehrfach verhaftet. 1945 bis 1954 war er Betriebsratsvorsitzender der Firma Hanomag und mehrere Jahre Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall Hannover. Von 1952 bis 1954 war er Mitglied des Beirates der IG Metall. Ernst Winter trat bereits 1909 in die SPD ein. Nach dem Tod von Kurt Schumacher (SPD) im Jahr 1952 rückte Winter als Abgeordneter in den Bundestag nach.

Aufgrund der Bedeutung von Hanomag und des hohen Organisationsgrads der Belegschaft entwickelte sich Winter zum einflussreichsten, ehrenamtlichen Funktionsträger in der IG Metall Hannover. Er war engagierter Sozialdemokrat und warb im Betrieb nicht nur für die IG Metall, sondern auch für die SPD. Der Historiker Franz Hartmann berichtet, dass bei Hanomag niemand Obermeister werden konnte, der nicht Mitglied der SPD war. Dies wurde von den KPD-Kollegen als »winterliche Zustände« kritisiert.²⁷

Wie viele Hannoveraner war Ernst Winter engagierter Kleingärtner und Gründer des Kleingärtnervereins Linden. Das Vereinshaus trägt noch heute seinen Namen. Auf dem ehemaligen Hanomag Gelände an der Göttinger Straße erinnert der »Ernst-Winter-Saal« an ihn. Hier fanden bis in die 1980er Jahre viele Veranstaltungen der IG Metall statt. Heute dient er als Kantine der Deutschen Telekom.

Deutsche Messe AG, Teil 1

Die jährliche Industriemesse ist eines der Markenzeichen der Stadt Hannover. Auf dem Messegelände in Laatzen arbeiten ca. 700 Beschäftigte, die in der IG Metall organisiert sind. Dies ist seit der Gründung der Deutschen Messe AG (DMAG) im Jahr 1947 so.

Damals wurde auf Initiative der britischen Militäradministration die erste Messe veranstaltet, die seinerzeit noch Exportmesse hieß. Der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungszone Sir Brian H. Robertson befahl: »Vom 18. August bis 7. September 1947 hat in Hannover eine Exportmesse stattzufinden!«²⁸ Hintergrund war das mittlerweile aufkommende Interesse der Briten an einem wirtschaftlichen Aufschwung, da sie sich nicht mehr in der Lage sahen, langfristig die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Im August 1947 wurde im niedersächsischen Landtag beschlossen, die Messe- und Ausstellungs-AG zu gründen, an der das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover die wichtigsten Anteilseigner waren und es bis heute sind. Im damaligen vierköpfigen Vorstand ragte Arthur Zell heraus. Der ehemaligen VAW-Manager Dr. Voss sollte ebenfalls Vorstandsmitglied werden, musste aber wegen seiner Nazi-Vergangenheit einen Rückzieher machen.²⁹

Der langjährige Betriebsratsvorsitzende; Peter Nölges, erzählt über Entstehung der Messe: »Die erste Messe fand 1947 in den ehemaligen Hallen der VAW-Leichtmetall in Laatzen statt. Die Beschäftigten wurden übernommen und waren alle in der IG Metall organisiert. Für sie wurde Anfang 1948 ein erster Tarifvertrag mit der IG Metall vereinbart. Die Tarifbindung mit

²⁷ Hartmann, a.a.O., S. 117

²⁸ Tasch, Dieter (1997): 50 Jahre Zukunft – Messen in Hannover 1947 bis 1997, Hannover, S. 9

²⁹ Hannoversche Volkszeitung, 1.8.1947

der IG Metall besteht bis heute. Den VAW-Beschäftigten wurde damals zugesichert, dass sie im Betrieb kostenlos ein Mittagessen bekämen. Das war zu jener Zeit für viele ein Anreiz, in Laatzen zu bleiben. Während der ersten Messe wurden für 50 Pfennig oder 1 Mark Fischbrötchen verkauft. Bei 250.000 Besuchern gingen 2 bis 3 Millionen Fischbrötchen über den Tresen. Das war damals der Renner, und deshalb wurde die erste Messe auch als »Fischbrötchenmesse« bezeichnet.«³⁰ In den folgenden Jahren nahmen die Besucherzahlen der Hannover Messe kontinuierlich zu (siehe auch Teil 2 des Firmenportraits, vgl. S. XXX)

Unmittelbar nach dem Ende der Nazi-Herrschaft bildeten sich in den Betrieben Betriebsräte, auch wenn das Betriebsrätegesetz für die britische Zone erst am 10. April 1946 in Kraft trat. Die »Betriebsräte der ersten Stunde« wurden teilweise auf Zuruf in Versammlungen von der Belegschaft bestimmt, teilweise entstanden sie auch in Absprache zwischen der Belegschaft und der Geschäftsführung. Wichtig für die »Betriebsräte der ersten Stunde« war es, dass sie von der Geschäftsführung offiziell als Belegschaftsvertreter anerkannt wurden. Im September 1945 veröffentlichte die britische Militäradministration eine Bekanntmachung, nach der in den Betrieben ab sofort »Sprecher« gewählt werden können. Nach den ersten Betriebsratswahlen im Jahr 1946 gab es in 277 Betrieben der Metallbranchen gewählte Betriebsräte.

Damals spielte die Zugehörigkeit der Betriebsräte zu politischen Parteien eine weitaus größere Rolle als heute. Der Historiker Franz Hartmann dokumentierte für Hannoversche Großbetriebe, welcher Partei die Betriebsratsvorsitzenden angehörten. Mehrheitlich waren sie Mitglieder der SPD, einer gehörte zur CDU und in etlichen Betrieben war der Betriebsratsvorsitzende Mitglied der KPD. Die vergleichsweise starke Stellung der KPD - Kollegen nahm jedoch in den Folgejahren deutlich ab.³¹

Anders als in anderen Regionen Deutschlands spielten in den hannoverschen Betrieben christliche Gewerkschafter kaum eine Rolle. Eine Ausnahme war Anton Storch, einer der Gründer der CDU in Hannover. Er war überzeugte Vertreter der Einheitsgewerkschaft und wurde von 1949 bis 1957 im Kabinett von Konrad Adenauer Arbeitsminister.³²

Anfänge der Gewerkschaftsbewegung (1945 bis 1946)

Unmittelbar nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Hannover nahmen einige Gewerkschafter Kontakt zur britischen Militäradministration auf. Kurzfristig existierte ein sogenannter Wiederaufbauausschuss mit einem Unterausschuss »Wiederaufbau der Gewerkschaften«. Hier spielte Albin Karl, der schon vor 1933 gewerkschaftlich aktiv war, eine wichtige Rolle und sollte die folgenden Entwicklungen prägen. Die schrittweise Gründung der Gewerkschaften wurde stark durch die britische Militäradministration reguliert, sie sollte im Rahmen eines »Drei-Phasen-Modells« erfolgen: zunächst in den einzelnen Branchen und Regionen, dann Aufbau von Strukturen, bevor in der 3. Phase die konstituierenden Versammlungen der »Allgemeinen Gewerkschaft« stattfinden konnte. Alle Zwischenschritte wurden streng von der britischen Militäradministration überwacht.

³⁰ Zeitzeugengespräch mit Peter Nölges

³¹ Hartmann, a.a.O., S. 121

³² Ebd., S. 531

Albin Karl³³

* 5. Februar 1889 in Rotehof bei Coburg; † 4. Januar 1976 in Hannover 5.

Vorsitzender der Allgemeinen Gewerkschaft in Niedersachsen

Albin Karl war gelernter Porzellanarbeiter und von 1928 bis 1933 zweiter Vorsitzender des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes – einer Vorläuferorganisation der IG BCE. Er war Mitglied im Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Seit 1906 war er Mitglied der SPD. Nach 1933 wird er verhaftet und arbeitete nach seiner Freilassung »illegal« im Sinne der Gewerkschaften.

1945 wird er Vorsitzender des vorläufigen Vorstandes der Allgemeinen Gewerkschaft und hat maßgeblich den Wiederaufbau der Gewerkschaften in Hannover geprägt. Er vertrat vehement die Konzeption einer »Allgemeinen Gewerkschaft mit 14 Wirtschaftsgruppen«. Dieses Konzept wurde 1946 aber zu Gunsten eines Konzepts mit eigenständigen Industriegewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) fallen gelassen. Von März 1946 bis April 1947 war Albin Karl Mitglied des vorläufigen Zonenvorstandes der Gewerkschaften der britischen Besatzungszone. Ab April 1947 wird er stellvertretender Vorsitzender des Bundesvorstandes des DGB in der britischen Besatzungszone. Von 1949 bis 1953 war er geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DGB.

Aufgrund der Aktivitäten des Unterausschusses kam es am 24. Mai 1945 zur offiziellen Wiederaufnahme der Gewerkschaftsbewegung nach zwölf Jahren der Unterdrückung. Im Capitol am Schwarzen Bären in Hannover Linden versammelten sich ca. 400 Vertrauensleute und Betriebsräte, die durch Wahlen in den Betrieben legitimiert waren. Diese Versammlung musste bei der britischen Militäradministration genehmigt werden. Als Gäste bzw. Beobachter nahmen auch der Oberbürgermeister Gustav Bratke sowie Major Mathers von der britischen Militäradministration teil.³⁴ Albin Karl hielt ein Referat, in dem er für eine »Allgemeine Gewerkschaft mit mehreren Wirtschaftsgruppen« warb. Diese Konzeption wurde damals akzeptiert, sollte aber in den folgenden Monaten zu kontroversen Debatten führen.

Als vorläufige Vorstandsmitglieder der Allgemeinen Gewerkschaft wählte die Versammlung Albin Karl, Louis Böcker und Hermann Beermann³⁵, die einzelnen Wirtschaftsgruppen erhielten einen elfköpfigen Beirat, in den Heinrich Heine für die Wirtschaftsgruppe Metall gewählt wurde, der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) bis 1933. Heine spielte nur in den ersten Monaten eine Rolle, trat nach Erreichen des 65. Lebensjahrs zurück und machte Platz für Otto Brenner.

Es sollten mehrere Monate vergehen bis die britische Militäradministration am 7. November 1945 die Genehmigung für die »Allgemeine Gewerkschaft des Stadt- und Landkreises Hannover« erteilte. Nun konnten in den Betrieben Mitglieder geworben werden, allerdings nur solche, die nicht in Nazi-Organisationen tätig waren. Die Aufnahmegebühr betrug 0,50 Reichsmark. Die Gewerkschaftsbeiträge lagen je nach Verdienst bei etwa 0,60 bis 0,80 R-Mark pro Woche. Nach drei Wochen hatte die Allgemeine Gewerkschaft bereits 5.560

³³ Ebd.

³⁴ Hartmann, Franz (1972): Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen. Hrsg. Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 24

³⁵ Hermann Beermann wurde später der erste Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Niedersachsen (1947 bis 1956); vgl. Hartmann 1977, S. 519

Mitglieder und am 31.12.1945 schon 24.895 Mitglieder. Die größte der 15 Wirtschaftsgruppen war die Metallindustrie. Die Mitgliederentwicklung zeigt die folgende Tabelle:³⁶

	31.1.1946	30.6.1946	31.12.1946
Allgemeine Gewerkschaft, gesamt	32.645	52.024	65.848
davon Wirtschaftsgruppe Metallindustrie	8.500	12.618	16.563

Der Gewerkschaftsbeitrag wurde damals wöchentlich entrichtet und eine entsprechende Marke ins Gewerkschaftsbuch geklebt. Dafür waren ehrenamtliche Kollegen zuständig, die die Gewerkschaftsmitglieder zuhause aufsuchten und den Beitrag kassierten. Sie erhielten dafür später eine Aufwandsentschädigung. Erst nach 1950 ging die IG Metall dazu über, den wöchentlichen Beitrag im Betrieb zu kassieren.

Einheitsgewerkschaft, »Allgemeine Gewerkschaft« und Industriegewerkschaften

In Niedersachsen gab es in den Jahren 1945 und 1946 eine grundsätzliche Debatte darüber, wie die Gewerkschaften organisiert werden sollten, entweder als »Allgemeine Gewerkschaft« oder nach dem Prinzip »eigenständiger Industriegewerkschaften«. Einigkeit bestand in folgenden Fragen:

- In den Gewerkschaften sollten die Beschäftigten unabhängig von ihrer parteipolitischen Orientierung organisiert werden, es würde also Mitglieder der SPD, der KPD, der CDU und mehrerer »Zwischengruppen«, die politisch zwischen SPD und KPD standen, geben. Damit werden parteipolitisch-orientierte Richtungsgewerkschaften abgelehnt. Gewerkschaften sollten sich auch zu politischen Fragen äußern, aber sie geben keine Wahlempfehlung für eine politische Partei ab.
- Arbeiter und Angestellte sollten gemeinsam in einer Gewerkschaft organisiert sein. Vor 1933 waren beispielsweise in der Vorgängerorganisation der IG Metall, dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), nur Arbeiter, aber keine Angestellten organisiert. Dementsprechend schloss der DMV auch lediglich Tarifverträge für Arbeiter ab. Die Angestellten waren in separaten Angestelltengewerkschaften organisiert. 1945 waren sich fast Alle einig, dass es zukünftig gemeinsame Gewerkschaften für Arbeiter und Angestellte geben sollte. Der Grundsatz sollte lauten: »Ein Betrieb – eine Gewerkschaft!«

In einer grundsätzlichen Frage gab es jedoch deutliche Differenzen:

- Für das Konzept »Allgemeine Gewerkschaft« war vorgesehen, dass die Beschäftigten Mitglied darin werden und dann quasi einer »Unter-Abteilung« – den Wirtschaftsgruppen der einzelnen Branchen – angehören. Die Allgemeine Gewerkschaft sollte von einem Vorstand und Beirat geleitet werden. Die Leitungen der einzelnen Wirtschaftsgruppen wären gegenüber dem Gesamtvorstand weisungsgebunden gewesen. Die Befürworter einer Allgemeinen Gewerkschaft sahen darin den Vorteil, dass eine große und mächtige

³⁶ Hartmann 1972, a.a.O., S. 51

Organisation entstehen würde, die gegenüber Politik und Unternehmern ein entsprechend hohes Gewicht hätte.

- Die Position für »eigenständige Industriegewerkschaften« sah vor, dass die Beschäftigten Mitglied in den Einzelgewerkschaften würden und diese von einem eigenständigen Vorstand sowie anderen Gremien geleitet würden. Die Einzelgewerkschaften sollen sich in einem Gewerkschaftsbund zusammenschließen. Diese Position setzte sich am Ende durch. Im Oktober 1949 wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit 16 einzelnen Gewerkschaften gegründet. Diese Konzeption hat bis heute Bestand. Aufgrund zahlreicher Fusionen besteht der DGB heute aus acht Einzelgewerkschaften.

Die Debatten um die Organisationsform der Gewerkschaften wurde 1945 und 1946 engagiert, kontrovers und leidenschaftlich geführt. Insbesondere Albin Karl hatte in Niedersachsen für das Konzept der »Allgemeinen Gewerkschaft« geworben. Anders als in anderen Regionen Deutschlands existierte diese bis Anfang 1946. Auf einer Zonenkonferenz der britischen Zone kamen am 21. bis 23. August 1946 in Bielefeld Gewerkschaftsvertreter aus Norddeutschland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zusammen. Insbesondere die Vertreter aus Nordrhein-Westfalen traten vehement für das Prinzip eigenständiger Industriegewerkschaften ein, was auch von der britischen Besatzungsmacht favorisiert wurde. Am Ende der Konferenz wurde entschieden, das Konzept einer »Allgemeine Gewerkschaft« nicht weiter zu verfolgen, sondern eigenständige Industriegewerkschaften aufzubauen. Damit war klar, dass die niedersächsische Allgemeine Gewerkschaft aufgelöst und neue Einzelgewerkschaften gegründet werden mussten.

Dementsprechend folgten in den nächsten Jahren innerhalb der IG Metall die nächsten Schritte:

- Gebietskonferenz der Wirtschaftsgruppe Metall (in der Allgemeinen Gewerkschaft) am 28. und 29. Dezember 1946 in Wolfsburg.³⁷
- Am 20. und 21. Februar 1947 kam der 1. Gewerkschaftstag »der Industriegewerkschaft Metall für die britische Zone und Bremen« zusammen.
- Ab Juni 1947 tritt die »Allgemeine Gewerkschaft« als »Deutscher Gewerkschaftsbund« auf.
- Am 31. Oktober 1947 wurde Otto Brenner der erste Bezirksleiter des IG Metall Bezirkes Hannover.³⁸
- Am 19. bis 21. Oktober 1948 findet der »Vereinigungsverbandstag in Lüdenscheid statt, bei dem der Zusammenschluss zur »Industriegewerkschaft Metall für die britische und amerikanische Zone« beschlossen wird.
- Bezirkskonferenz der IG Metall Bezirk Hannover am 17. Dezember 1948 in Hildesheim.³⁹
- Am 1. September 1949 tritt anlässlich einer Beiratssitzung die IG Metall in der französischen Besatzungszone (Teile von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) der IG Metall bei. Damit war – sehr unspektakulär – die »Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland« gegründet. Vorsitzende wurden Walter Freitag und Hans Brümmer.

³⁷ Bericht von der Gebietskonferenz der Wirtschaftsgruppe Metall (in der Allgemeinen Gewerkschaft) am 28. und 29. Dezember 1946 in Wolfsburg; Archiv der IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

³⁸ Protokoll der 1. Konferenz des Bezirkes Hannover der IG Metall am 31. Oktober 1947 in Hannover; Archiv der IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

³⁹ Protokoll der Bezirkskonferenz des IG Metall Bezirkes Hannover am 17. Dezember 1948 in Hildesheim; Archiv der IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

- Vom 12. bis 14. Oktober 1949 fand der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) statt, zum Vorsitzenden wurde Hans Böckler gewählt.

Auf dem Weg zur IG Metall Verwaltungsstelle Hannover

Die allgemeine Entwicklung der gewerkschaftlichen Strukturen war natürlich auch für die Metallerrinnen und Metaller in Hannover äußerst bedeutsam. Die erste wichtige Sitzung fand am 8. April 1946 im Gemeindehaus in der Dietrichstraße in Hannover statt – die erste Delegiertenversammlung der »Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft«.⁴⁰ Es trafen sich 278 Delegierte, die zuvor in den Betrieben bzw. in den Handwerksbranchen gewählt worden waren. Die Versammlung musste zuvor von der britischen Militäradministration genehmigt werden.

In der Anwesenheitsliste finden sich Delegierte von Hanomag (18), Bode Panzer (3), Max Müller (3), Louis Eilers (6), Vereinigte Leichtmetall aus Hannover und Laatzen (4), G.F. Strate (1), Paul Troester (1), Westinghouse Bremsen, später Wabco (3), Wohlenberg (3), Hackethal, (4), Berstorff (1), Huth, später Telefunken (4, ausschließlich Angestellte), Siemens (3), Works (vermutlich der Militärbetrieb Heavy Works REME auf dem Hanomag-Gelände) (3). Es fällt auf, dass es unter den Delegierten nur wenige Frauen waren. Die Mehrheit der Delegierten war im Alter zwischen 40 und 60 Jahren alt.

Otto Brenner eröffnet die Versammlung und übergab die Leitung der Sitzung an Heinrich Heine, den ehemaligen Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) in Hannover. Brenner hält den Geschäftsbericht für den vorläufigen Vorstand. Er gibt bekannt, dass die Wirtschaftsgruppe ca. 12.000 Mitglieder hat, davon ca. 1.000 Angestellte. Als Erster und Zweiter Vorsitzende werden die Kollegen Otto Brenner und Alfred Dannenberg einstimmig gewählt, für den Bezirksvorstand die Kollegen Heinrich Menius, Gustav Steinmann, Richard Flügge, Hermann Lohmann, Gustav Elling, Kollege Harke, Georg Steinhoff, Willi Tatje, Bernhard Schierholz, Kollege Feldgiebel und Mimi Schröder.

Otto Brenner⁴¹

*8. November 1907 in Hannover; † 15. April 1972 in Frankfurt/Main

Erster Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover (1946 bis 1947), Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Hannover (1947 bis 1952) und Vorsitzender der IG Metall (1952 bis 1972).

Otto Brenner besuchte von 1914 bis 1922 die Volksschule. Er war danach ohne Berufsausbildung als Hilfsarbeiter tätig. 1921 wurde er Mitglied der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend) und 1926 Mitglied der SPD. Zunächst war er als Hilfsmonteur bei der Hanomag beschäftigt, parallel zur Arbeit dort qualifizierte er sich zum Betriebselektriker. In diesem Beruf arbeitete er bei Hanomag von 1926 bis 1932, wurde Vertrauensmann des DMV

⁴⁰ Bericht über die Delegiertenkonferenz der Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft am 8. April 1946 in Hannover, Dietrichstraße. Archiv der IG Metall Hannover

⁴¹ Becker, Jens/Jentsch, Harald (2007): Otto Brenner – Ein Biografie, Göttingen; sowie IG Metall Hannover: 2019. Die ersten Bevollmächtigten der IG Metall Hannover

(Deutscher Metallarbeiterverband), seit 1926 ist er Mitglied der Branchenleitung der Elektriker im DMV. 1931 tritt er aus der SPD aus und in die SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) ein – eine von mehreren »Zwischenparteien« zwischen SPD und KPD. Brenner schilderte diese Zeit in seinem handschriftlichen Lebenslauf anlässlich seiner Bewerbung als 1. Vorsitzender der Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft: »Als 1931 die Opposition aus der SPD ausgeschlossen wurde, schied ich aus der SPD aus, um der SAP beizutreten. Die SAP wählte mich zum Bezirksvorsitzenden der Provinz Hannover. Diese Funktion habe ich bis zu meiner Verhaftung im August 1933 ausgeübt.« Er war u.a. im Hannoveraner Gerichtsgefängnis hinter dem Bahnhof inhaftiert. Vor dem »Pavillon« am Raschplatz erinnert heute ein Mahnmal an die dort inhaftierten politischen Gefangenen. Weiter schreibt er in seinem Lebenslauf: »Nach Verbüßung einer zweijährigen Gefängnisstrafe wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« musste ich zunächst im Straßen- und Tiefbau arbeiten. Erst 1936 bekam ich als Elektromonteur bei der Firma Meyer und Biedermann wieder in meinem Beruf Arbeit. ... Ich bin laufend noch von der Gestapo überwacht worden, so dass meine illegalen Verbindungen zur »Sozialistischen Front« besonders gefährlich waren. Mit einem kleinen Kreis illegaler Freunde verband mich bis zum Zusammenbruch des Naziregimes im April 1945 ein festes Band. Gleich nach der Besetzung konnte ich mich aktiv dem »Ausschuss für Wiederaufbau« zur Verfügung stellen. Im Betrieb der Firma Meyer und Biedermann wurde ich zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Der Ausschuss für Wiederaufbau setzte mich als Bezirksleiter des Stadtteils Nord-Ost ein. Nach einem gemeinsamen Beschluss der illegalen Reste der SAP und des ISK trat ich zur SPD über, weil ich der Überzeugung war, dass die Interessen der Arbeiterklasse am besten in der SPD zu vertreten sind.«⁴²

Seit Ende 1945 war Otto Brenner Vorsitzender der Wirtschaftsgruppe Metall der Allgemeinen Gewerkschaft in Niedersachsen und von 1946 bis 1947 Erster Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover. 1947 wurde er gegen den Willen des Hauptvorstandes zum Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Hannover gewählt. Er war von 1946 bis 1953 Mitglied des Stadtrats in Hannover und von 1951 bis 1954 Mitglied des niedersächsischen Landtags. Ab 1952 war er neben Hans Brümmer gleichberechtigter Vorsitzender und ab 1956 Erster Vorsitzender der IG Metall bis zu seinem Tod im Jahr 1972.

Otto Brenner prägte nach 1945 den Wiederaufbau der IG Metall in Hannover und Niedersachsen und nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Gesamtorganisation 20 Jahre lang die bundesweite Arbeit der IG Metall. Er hatte die Fähigkeit, betriebliche, tarifliche und politische Konflikte gezielt zu führen und aus einer Position der Stärke mit Kompromissen abzuschließen. Er entwickelte zudem in Zusammenarbeit mit den Kollegen in seinem Umfeld längerfristige gesellschaftliche Konzeptionen zur Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft. Auf ihn und die IG Metall ging das Aktionsprogramm des DGB aus dem Jahr 1955 zurück, in dem u.a. die 40-Stunden-Woche und der arbeitsfreie Samstag gefordert wurde. In Hannover erinnert an ihn heute die Otto-Brenner-Straße zwischen Klagesmarkt und Königsworther Platz sowie ein Glas-Portrait am IG Metall-Haus im Postkamp 12. Eine berufsbildende Schule trägt seinen Namen.

Es sollte dann noch bis zum 22. März 1947 sechs Delegiertenversammlungen der »Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft« geben.⁴³ Nach der

⁴² Otto Brenner, handschriftlicher Lebenslauf vom 17. März 1943 anlässlich seiner Bewerbung als 1. Vorsitzender der Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft, Archiv der IG Metall Hannover

⁴³ Protokolle der Delegiertenkonferenzen der Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft in Hannover vom 21. Juni 1946 bis 22. März 1947. Archiv der IG Metall Hannover

Entscheidung, die »Allgemeine Gewerkschaft« in eigenständige Industriegewerkschaften umzuwandeln, tagt am 10. Mai 1947 die Delegiertenversammlung dann erstmals unter dem Namen »Delegierten-Konferenz der Industriegewerkschaft Metall, Ortsverwaltung Hannover« im Speisesaal der Firma Hanomag.⁴⁴

Auf der Delegiertenversammlung am 7. September 1947 stand der Tagesordnungspunkt Wahlen an: Einstimmige Bestätigung von Otto Brenner und Alfred Dannenberg als Erster und Zweiter Vorsitzender. Für die Wahl von drei Sekretären gingen 107 Bewerbungen ein. Der Leiter der Wahlkommission, Ernst Winter (Betriebsratsvorsitzender von Hanomag), gibt bekannt, dass davon acht Kollegen vorausgewählt wurden und heute zur Wahl stehen. Die Kollegen Rudolf Grebenstein, Heinrich Maiwald und Heinrich Menius werden als Sekretäre gewählt.

Kampfabstimmungen bei der Wahl der Bevollmächtigten

Am 28. Februar 1948 tagte die Delegiertenversammlung in der Schule an der Salzmannstrasse in Hannover Linden. Da inzwischen Otto Brenner Bezirksleiter des Bezirkes Hannover geworden war, standen Neuwahlen für die Bevollmächtigten auf der Tagesordnung. Vermutlich hatte »das Kleeblatt« Otto Brenner, Alfred Dannenberg und Heinrich Menius den Plan, dass Dannenberg Erster und Menius Zweiter Bevollmächtigter werden sollte. Doch ganz so glatt ging es nicht, denn es kam zu Kampfabstimmungen. Für die Position des Ersten Bevollmächtigten kandidierte neben Alfred Dannenberg überraschend der Kollege Konrad Rakemann aus Sarstedt. Er war dort bis 1933 ehrenamtlicher Leiter der Bezirksstelle Sarstedt des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) gewesen. Die Wahl gewann Dannenberg mit 157 zu 68 Stimmen. Bei der Wahl für die Position des Zweiten Bevollmächtigten kandidierte erneut Konrad Rakemann und Heinrich Menius, der Sekretär der Verwaltungsstelle Hannover. Diesmal gewann Rakemann mit 112 zu 105 Stimmen und war damit als Zweiter Bevollmächtigter gewählt.⁴⁵ Aus nicht bekannten Gründen trat Konrad Rakemann die Position aber nicht an, so dass am 12. Juni 1948 Heinrich (»Heini«) Menius dann doch als Zweiter Bevollmächtigter bestätigt wurde.⁴⁶

Auf der Delegiertenkonferenz am 27. Oktober 1949 im Speisesaal der Fa. Ahrberg gibt der Erste Bevollmächtigte Alfred Dannenberg bekannt, dass der Mitgliederbestand der IG Metall Hannover inzwischen bei 22.981 Mitgliedern liegt.⁴⁷ In der Zeit zwischen 1946 und 1949 finden auch wieder Kundgebungen am 1. Mai statt – dem traditionellen Kampftag der arbeitenden Menschen, der ab 1948 erneut auf dem Klagesmarkt abgehalten wird. In dieser Zeit gab es getrennte Kundgebungen am 1. Mai – vormittags rief der DGB auf und nachmittags die SPD.

Alfred Dannenberg⁴⁸

⁴⁴ Bericht über die Betriebsräte- und Delegiertenkonferenz der Industriegewerkschaft Metall, Ortsverwaltung Hannover am 10. Mai 1947 im Speisesaal der Firma Hanomag. Archiv der IG Metall Hannover

⁴⁵ Bericht über die Vertreterversammlung der Industriegewerkschaft Metall am 28. Februar 1948 in der Schule in der Salzmannstraße in Hannover Linden. Archiv der IG Metall Hannover

⁴⁶ Protokoll der Vertreterversammlung der Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Hannover am 12. Juni 1948 in der Schule in der Salzmannstraße. Archiv der IG Metall Hannover

⁴⁷ Protokoll der Vertreterversammlung der Industriegewerkschaft Metall – Verwaltungsstelle Hannover – am 27. Oktober 1949 im Speisesaal der Fa. Ahrberg, Archiv der IG Metall Hannover

⁴⁸ Handschriftlicher Lebenslauf von Alfred Dannenberg vom 14. März 1946 anlässlich seiner Bewerbung bei der Allgemeinen Gewerkschaft, Fachgruppe Metall. Archiv der IG Metall Geschäftsstelle Hannover sowie Steinberg,

* 8. März 1906 in Hannover-Linden; † 19. November 1999 in Genf

Erster Bevollmächtigter und später Bezirksleiter der IG Metall in Hannover

Alfred Dannenberg beginnt nach der Schule 1920 eine Lehre als Schlosser bei den Lindener Eisen- und Stahlwerken, wo er auch in den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) eintritt. Von 1922 bis 1924 war er Mitglied der Jugendgruppe des DMV. Er wurde 1922 Mitglied und kurz darauf Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend. 1924 tritt er in die SPD ein, aus der er jedoch schon im Jahr 1925 wieder austrat. Im selben Jahr wurde er Mitglied beim ISK (Internationaler sozialistischer Kampfbund).

Nach Abschluss der Lehre war er arbeitslos und fand erst 1926 Arbeit bei der Hanomag im Motorenbau. In der Zeit zwischen 1928 und 1935 wurde er regelmäßig arbeitslos oder fand immer nur für mehrere Monate Arbeit in verschiedenen Firmen. Dannenberg schrieb 1946 in seinem handschriftlichen Lebenslauf: »Im Jahr 33 nahm ich schon am Aufbau von illegalen Gewerkschaftsgruppen teil, die sich hier in Hannover in ihrer Führung meistens aus ehemaligen Funktionären der Gewerkschaftsjugend zusammensetzten.«⁴⁹ Ab 1935 bis 1938 arbeitete er wieder bei der Hanomag – diesmal im Gerätebau. Aufgrund seiner politischen Tätigkeit wurde Alfred Dannenberg 1938 von der Gestapo gesucht, konnte aber zunächst in die Schweiz flüchten.

In der Zeit der Emigration von 1938 bis 1945 lebte er in verschiedenen Ländern. Von der Schweiz ging es nach Lichtenstein und zurück in die Schweiz. Er beschreibt seine nächste Station: »Im Juni 1939 bekam ich die Einreiseerlaubnis nach England. So kam ich zwei Monate vor Beginn des Krieges nach drüben. Dort lebt ich erst in Southampton, später in Bournemouth und wurde dann im Mai 1940 als Deutscher interniert. Wir wurden 1940 wegen der Kriegskrise auf dem Kontinent nach Australien verschickt, von wo ich erst im Oktober 1942 nach London zurückkehrte.«⁵⁰ Ab November 1942 bis Juni 1944 arbeitet er im Werkzeugbau einer Londoner Pumpenfirma. Ab 1944 trat er eine Stellung als Sachbearbeiter für »Arbeitsfragen in Deutschland« und als Übersetzer bei einer amerikanischen Regierungsstelle an.⁵¹ Von 1943 bis 1945 war er Mitglied einer englischen Metallarbeiter-Gewerkschaft, der Amalgamated Engineering Union, und gleichzeitig Mitglied der gewerkschaftlichen Emigrantenorganisation deutscher Flüchtlinge, bis er 1945 zurück nach Deutschland kam. Er tritt in Hannover in die SPD ein.

Schon 1945 beginnt er zusammen mit Otto Brenner, den er wahrscheinlich schon in den 1930er Jahren bei der Hanomag kennengelernt haben muss, neue Gewerkschaftsstrukturen in Hannover aufzubauen. Im Jahr 1946 wird er als Zweiter Vorsitzender der IG Metall Hannover und 1948 als Nachfolger von Otto Brenner Erster Bevollmächtigter gewählt. Von 1953 bis 1954 war er Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Hannover, bis er stellvertretender

Swen: Alfred Dannenberg, in: Mielke, Siegfried/Heinz, Stefan. (Hrsg.) (2014): Emigrierte Metallgewerkschafter im Kampf gegen das NS-Regime, Band 3 der Reihe »Gewerkschafter im Nationalsozialismus: Verfolgung – Widerstand -Emigration«, Berlin. Die Angaben von S. Steinberg weichen an mehreren Stellen vom handschriftlichen Lebenslauf von Alfred Dannenberg ab.

⁴⁹ Alfred Dannenberg, Handschriftlicher Lebenslauf vom 14. März 1946 zur Bewerbung als Sekretär der Wirtschaftsgruppe Metall der Allgemeinen Gewerkschaft in Hannover; Archiv der IG Metall Hannover

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Hierbei handelte es sich um das OSS (Office of strategic services) ein Nachrichtendienst des amerikanischen Kriegsministeriums, das damals deutsche Anti-Faschisten im Kampf gegen die Nazi-Herrschaft rekrutierte; vgl. Steinberg in Mielke/Heinz, a.a.O.

Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes in Genf wird, was er bis 1971 bleibt. In dieser Funktion unterstützte er die Bildung von Gewerkschaften in der »Dritten Welt«, seine Dienstreisen führten ihn quer durch Asien und Afrika.⁵² 1971 ging er in Rente und lebte mit seiner schweizerischen Lebenspartnerin weiter in Genf.

Angestellte und Gewerkschaft

In der Zeit vor 1933 hatte die Vorgängerorganisation der IG Metall – der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV) – nur Mitglieder aus dem Arbeiterbereich. Die Angestellten waren damals in eigenständigen Gewerkschaften organisiert, beispielsweise im Allgemeinen freien Angestelltenbund (AFA Bund). Diese Gewerkschaften arbeiteten mit den anderen Gewerkschaften im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammen.

In den Debatten nach 1945 über die Neuorganisation der Gewerkschaften bestand bei fast allen Beteiligten große Einigkeit darüber, dass es zukünftig eine Gewerkschaft für Arbeiter und Angestellte geben sollte. Die »Allgemeine Gewerkschaft« in Niedersachsen bestand aus Wirtschaftsgruppen, eine davon war die Wirtschaftsgruppe »Angestellte«. Trotz dieser Einigkeit sollten demnächst bei den Gewerkschaften über die Frage der Zuordnung der Angestellten »die Fetzen fliegen«. Schon in den Zeiten der »Allgemeinen Gewerkschaft« in den Jahren 1945 bis 1946 gab es Konflikte darüber, ob die Angestellten in den Metallbetrieben zur Wirtschaftsgruppe der Metallindustrie oder zur Wirtschaftsgruppe Angestellte gehörten. Im Zuge der Neugründungen der Gewerkschaften wurde am 20./21. Mai 1947 in Hannover der Landesverband der Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) gegründet. Die DAG auch in den Industriebereichen Angestellte organisieren. Dies hätte bedeutet, dass es in Metallbetrieben zwei DGB-Gewerkschaften gegeben hätte. Nach mehreren heftigen und kontroversen Verhandlungen kam es 1948 zum Bruch zwischen der DAG und den anderen DGB-Gewerkschaften. Der Grundgedanke der »Einheitsgewerkschaft« war hier in einem Teilaspekt durchbrochen worden.

Für die Metallindustrie hatte diese Entwicklung negative Konsequenzen, da jetzt in den Angestelltenbereichen zwei Gewerkschaften Mitglieder warben. In dieser schwierigen Situation beschloss die Ortsverwaltung in Hannover zwei Dinge: Zum einen wurde der Kollege Lemke von der DAG abgeworben und als Angestelltensekretär der Ortsverwaltung Hannover eingestellt,⁵³ zum anderen wurde ein dreiköpfiger Angestelltenausschuss gegründet – mit dem Kollegen Behrens für die kaufmännischen Angestellten, dem Kollegen Steingrobe für die technischen Angestellten und dem Kollegen Matthey für die Werkmeister.⁵⁴ Dadurch wurde die Angestelltenarbeit der IG Metall intensiviert.

»Teile und herrsche!«

⁵² www.industrial-union.org/archive/imf/alfred-dannenber-1906-1999

⁵³ Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover am 13. November 1948. Archiv der IG Metall Hannover

⁵⁴ Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover am 19. August 1948. Archiv der IG Metall Hannover

Die Tatsache, dass es für den Angestelltenbereich in der Metallindustrie nun zwei Gewerkschaften gab, nutzen die Arbeitgeber gezielt aus, getreu dem Motto »Teile und herrsche«. So handelten sie 1948 separate Tarifverträge mit der DAG aus, woran die IG Metall nicht beteiligt war. In einem Protokoll einer Vorstands- und Beiratsitzung des Verbandes der Metallindustriellen Niedersachsens hieß es dazu: »Nach Ansicht von Herrn Dr. Holthausen kann die Industriegewerkschaft Metall sich nur dem mit der DAG vereinbarten Manteltarifvertrag anschließen.«⁵⁵ Otto Brenner sah sich deshalb gezwungen, eine pragmatische Haltung einzunehmen. Im Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung Hannover hieß es: »Koll. Brenner betont nochmals die taktische Notwendigkeit eines vorläufigen Zusammenarbeitens mit der DAG.«⁵⁶

Einige Jahre wurden die Tarifverträge für die Angestellten gemeinsam von der IG Metall Bezirksleitung Hannover und der DAG unterzeichnet. Erst in den 1970er Jahren verhandelte die IG Metall die Tarifverträge vor der DAG, die diese anschließend übernahm. Dies brachte ihr den umgangssprachlichen Namen »DAG = Deutsche Abschreibe Gewerkschaft« ein.

Die Konkurrenz zwischen IG Metall und DAG war in den einzelnen Betrieben sehr unterschiedlich. In etlichen Betrieben gab es harte Konflikte zwischen IGM und DAG, in anderen arbeitete man halbwegs konstruktiv zusammen. In zahlreichen Betrieben trat die DAG mit eigenen Listen bei den Betriebsratswahlen an. Erst im Jahre 2001 löste sich die DAG auf und wurde im Rahmen eines Zusammenschlusses mit anderen Gewerkschaften Teil der Gewerkschaft ver.di. Den DAG-Mitgliedern in den Metallbetrieben wurde empfohlen, in die IG Metall einzutreten.

Bode-Panzer-Streik, Schmidding-Streik und »Hungerstreiks«

Nach 1945 traten die Gewerkschaften für ein umfassendes Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten ein. Ziel war eine Demokratisierung der Wirtschaft, wie es im § 2 der Satzung der IG Metall heißt. Das Betriebsrätegesetz, das der Alliierte Kontrollrat am 10. April 1946 beschloss, wurde diesem Anspruch nicht gerecht. Es blieb selbst hinter den Regelungen des Betriebsrätegesetzes von 1920 zurück. Dieses Gesetz wurde von allen Gewerkschaften heftig kritisiert. Aber während einige von ihnen es über mehrere Jahre bei lauter Kritik des Gesetzes beließen, entschloss sich die Wirtschaftsgruppe Metall unter der Leitung von Otto Brenner zu einer Art Doppelstrategie: Einerseits wurde weiter das Betriebsrätegesetz kritisiert und eine Verbesserung gefordert, andererseits wurde auf der betrieblichen Ebene versucht, Betriebsvereinbarungen zu konkreten Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte durchzusetzen.

Diese Herangehensweise wurde systematisch geplant. Den Betriebsräten wurde eine Musterbetriebsvereinbarung vorgestellt, die von Gewerkschaftern, Betriebsräten und Arbeitsrechtlern erarbeitet wurde. Gespräche zwischen der Wirtschaftsgruppe Metall und den Arbeitgeberverbänden führten zu keinem Ergebnis, so dass der Kampf in den einzelnen

⁵⁵ Verband der Metallindustriellen Niedersachsens, Niederschrift Mitgliederversammlung am 18. März 1949, S. 6

⁵⁶ Protokoll der Sitzung des Ortsvorstandes der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover am 17. Januar 1949, Archiv der IG Metall Hannover

Betrieben geführt werden musste. Im Rahmen dieser betrieblichen Auseinandersetzungen spielt der Streik bei der Fa. Bode-Panzer-Geldschrankfabrik AG eine besondere Rolle, was sich an folgenden Zahlen verdeutlichen lässt, die im Jahresbericht der Wirtschaftsgruppe Metall für 1946 aufgeführt sind: »Bis zum Beginn des Bode-Panzer-Streiks waren in 17 Betrieben die Vereinbarungen zum Abschluss gekommen. Nach Beendigung des Streiks wurden weitere 22 Betriebsvereinbarungen unterzeichnet. Damit haben wir insgesamt 40 Betriebsvereinbarungen abgeschlossen (16 in Kleinbetrieben und 24 in Großbetrieben).«⁵⁷

Der Streik bei der Bode-Panzer-Geldschrankfabrik AG 1946 in Hannover

Der Streik für eine Betriebsvereinbarung bei der Firma Bode Panzer war der erste Streik der IG Metall nach 1945 und der erste Streik, mit dem Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates erzwungen wurden.⁵⁸ Damit zeigte die IG Metall in Hannover, dass sie auch in schwierigen Zeiten, in denen Streiks nicht ohne Risiko durchzuführen waren, handlungs- und kampffähig blieb. und machte so den Arbeitgeberverbänden deutlich, dass sie an einer starken IG Metall nicht vorbeikommen konnten.

In den ersten Verhandlungen wurde deutlich, dass die Arbeitgeberverbände es grundsätzlich ablehnten, den Betriebsräten konkrete Mitbestimmungsrechte zu gewähren. Diese Position veröffentlichten sie in einem Rundbrief. Die Gespräche scheiterten. Die IG Metall versuchte daher in zahlreichen Metallbetrieben, auf der betrieblichen Ebene Betriebsvereinbarungen durchzusetzen.⁵⁹ Bei Bode Panzer spitzte sich der Konflikt im November 1946 zu. Von den 320 Beschäftigten waren ca. 90% in der IG Metall organisiert, und es arbeitete dort ein starker Betriebsrat mit dem Betriebsratsvorsitzenden Fritz Wilharm, der Mitglied der KPD war.⁶⁰ Besitzer von Bode-Panzer war Hermann Bode, der in der Nazi-Zeit Wehrwirtschaftsführer gewesen war, weshalb er auf Anweisung der britischen Militäradministration nicht als Vorstandsmitglied agieren durfte. Er war allerdings Vorsitzender des Aufsichtsrates und – besonders brisant – seit dem 11. Oktober 1945 Vorsitzender des Verbandes der Metallindustriellen Niedersachsens.

In enger Abstimmung zwischen dem Betriebsrat und Otto Brenner, Alfred Dannenberg und Heinrich Menius wurde der Streik vorbereitet. Der Betriebsrat setzte der Firmenleitung ein zeitliches Ultimatum bis zum 19. November. Als es immer noch kein Ergebnis gab, legte die Belegschaft am selben Tag um 12 Uhr die Arbeit nieder. Diese Nachricht platzte in eine Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbands und ließ dort die Alarmglocken läuten. Die Streikbeteiligung der Belegschaft war hervorragend und der Streik sollte über vier Wochen dauern. Die Streikunterstützung betrug für Ledige 3,00 RM pro Tag, für Verheiratete 3,50 RM und für jedes Kind 0,50 RM.⁶¹ »Die Wahl einer Streikleitung, die Aufstellung von Streikposten, die Durchführung von Notstandsarbeiten usw. wurde technisch einwandfrei besorgt.«⁶² Während des Streiks gab es zahlreiche Versuche, zu einem Kompromiss zu kommen. Teilweise versuchte auch die niedersächsische Landesregierung, sich

⁵⁷ Jahresbericht für das Jahr 1946 der Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft, Archiv der IG Metall Bezirksstelle Hannover

⁵⁸ IG Metall Verwaltungsstelle Hannover, 1996: 50 Jahre Bode Panzer Streik

⁵⁹ Vgl. Hartmann 1972, S. 92

⁶⁰ Hartmann 1977, S. 121

⁶¹ Protokoll der Vorstandssitzung der Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft, 21. November 1946. Archiv der IG Metall Hannover

⁶² Hartmann 1972, a.a.O., S. 93

einzumischen. Die britische Militäradministration beobachtete das Geschehen sehr genau, griff aber nicht in den Konflikt ein.

Die Arbeitgeber befürchteten, dass sich der Streik bei Bode-Panzer auf weitere niedersächsische Betriebe ausweiten könnte und waren wohl deshalb auch bereit, einen Kompromiss einzugehen. Otto Brenner berichtete, dass ihn wenige Tage vor Ende des Streiks eine hochkarätige Delegation von Arbeitgebervertretern in seinem Büro aufsuchte. Die entscheidenden Gespräche wurden dort auf Seiten der IG Metall geführt von Otto Brenner, Alfred Dannenberg, dem Betriebsratsvorsitzenden Fritz Wilharm, zwei weiteren Betriebsratsmitglieder von Bode-Panzer sowie Albin Karl von der Allgemeinen Gewerkschaft. Auf Seiten der Arbeitgeber waren bei dem Gespräch vertreten: Hermann Bode, der Direktor von Bode-Panzer Schling, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Metallindustriellen Niedersachsens Rudolf Holthausen, Rudolf Brendecke, der Vorsitzende des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes sowie ein Direktor Knips von der Fa. Hackethal.⁶³ Die Zusammensetzung dieser Gesprächsrunde zeigt die grundsätzliche Bedeutung, die der Bode-Panzer-Streik für die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände hatte. Die Gespräche führten jedoch zu keinem Ergebnis, sondern wurden vertagt.

Am 13. Dezember 1946 wurde dann bei Bode-Panzer eine Betriebsvereinbarung unterzeichnet, mit der sich IG Metall und Betriebsrat weitgehend durchgesetzt hatten. Erstmals wurden entscheidende Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei Einstellungen und Entlassungen, bei Lohn- und Gehaltsregelungen, aber auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten verankert. Der »Herr-im-Haus-Standpunkt« der Arbeitgeber war entscheidend durchbrochen worden. Der Text der Betriebsvereinbarung ist in einer Broschüre der IG Metall Hannover dokumentiert.⁶⁴ Der Entwurf wurde auf einer Betriebsversammlung bei Bode-Panzer am folgenden Tag einstimmig akzeptiert. Die Bereitschaft der Arbeitgeber, diesen Kompromiss einzugehen, lag vor allem daran, dass sie befürchteten, dass sich der Streik auf andere Betriebe ausweiten könnte.⁶⁵

Im Nachhinein wertete Otto Brenner die Bedeutung des Streikes bei Bode-Panzer wie folgt: »Wenn am Beginn des Streiks 90% der Belegschaft organisiert waren, so hat sich diese Zahl am Schluss des Streiks auf 100% erhöht. Die Gewerkschaften haben diese Kraftprobe gut bestanden. Der gewonnene Streik ist aber nicht nur ein Erfolg der Arbeiter und Angestellten der Firma Bode, sondern auch der Kollegen anderer Betriebe, die durch die Durchsetzung der Vereinbarungen diesen Kampf gewannen. Der Streik bedeutet auch eine Mahnung an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihre Organisationen zu stärken und zu unterstützen, um für kommende Dinge gewappnet zu sein. Er bedeutet aber auch eine Warnung an alle reaktionären Unternehmer, die Betriebe nur zu Objekten ihrer privatwirtschaftlichen Profit-Interessen machen zu wollen. Diese Zeit muss vorbei sein! Die Produktionsstätten dürfen nicht einzelnen, sondern müssen dem ganzen Volke dienen. Voraussetzung dafür ist das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb und der Wirtschaft«.⁶⁶

⁶³ Protokoll der Sitzung der Ortsvorstandes der Wirtschaftsgruppe Metall in der Allgemeinen Gewerkschaft Hannover vom 11. Dezember 1946. Archiv der IG Metall Hannover

⁶⁴ Zitiert nach IG Metall Verwaltungsstelle Hannover (1996): 50 Jahre Bode Panzer Streik

⁶⁵ Protokoll der Mitgliederversammlung des Verbandes der Metallindustriellen Niedersachsen vom 13. Mai 1947

⁶⁶ Otto Brenner, Die Ursachen des Bode-Streiks und seine gewerkschaftlichen Lehren, in: Gewerkschaftszeitung Nr. 3, März/April 1947, S. 5. Abgedruckt in IG Metall Verwaltungsstelle Hannover (1996): 50 Jahre Bode Panzer Streik

Diese Stellungnahme zeigt die Stärke der Person und der gewerkschaftlichen Positionen von Otto Brenner. Er ist einerseits in der Lage, zusammen mit den Beschäftigten und Betriebsräten mit einem Streik Druck auf die Arbeitgeber aufzubauen, schafft es dann aber auch aus einer Position der Stärke, mit den Arbeitgebern einen Kompromiss zu schließen. Dies wird heute teilweise als Strategie des »Doppelten K« bezeichnet: Konflikt und Kompromiss.⁶⁷ Darüber hinaus wird in seiner Bewertung deutlich, dass Brenner einen einzelnen betrieblichen Konflikt als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Strategie betrachtete.

Nach dem erfolgreichen Streik bei Bode-Panzer wurden anschließend in weiteren insgesamt 40 Unternehmen Betriebsvereinbarungen zur Mitbestimmung des Betriebsrates abgeschlossen. Bei der Firma Hanomag wurde eine entsprechende Betriebsvereinbarung ausgehandelt, die der Aufsichtsrat zwar nicht genehmigte, nach der jedoch stillschweigend in der Praxis verfahren wurde.⁶⁸ Auch bei der Firma Westinghouse, der heutigen ZF-WABCO, wurde am 8. Januar 1947 eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen.⁶⁹ Die Firma Bode-Panzer existierte in Hannover bis zum Jahr 2000, verlagerte die Produktion schrittweise nach Tschechien und schloss den Standort in Hannover.

Der Streik bei der Firma Schmidding⁷⁰

Neben dem Bode-Panzer-Streik war ein Streik bei der Fa. Schmidding in Hannover – einer Tochterfirma eines Kölner Unternehmens, die Kessel produzierte – insofern herausragend, weil er über vier Monate dauerte. Neben der Forderung, eine Betriebsvereinbarung zur Mitbestimmung abzuschließen, spielten zwei weitere Punkte eine Rolle. Unmittelbarer Anlass des Streiks war die Entlassung des aktiven Betriebsratsvorsitzenden Hartung. Er hatte belastendes Material aus der Nazi-Zeit über den Betriebsleiter Kraus gesammelt und veröffentlicht. Kraus hatte während der Nazi-Zeit übelste Gestapo-Methoden zur Unterdrückung der Arbeiter benutzt. Dass dieser Mann jetzt als »Entnazifizierter« wiederum Betriebsleiter wurde, wollten die Beschäftigten nicht dulden und traten am 10. Juni 1947 in einen Sitzstreik, der am 17. Juni 1947 in einen unbefristeten Streik überging. Die Forderungen der Streikenden waren:

1. Abschluss einer Betriebsvereinbarung zur Mitbestimmung;
2. Sofortige Wiedereinstellung des gekündigten Betriebsratsvorsitzenden Hartung;
3. Entlassung des schwer belasteten Betriebsleiters Kraus.

Zunächst war der spontan begonnen Streik von der IG Metall noch nicht anerkannt worden, und es gab in dieser Frage Differenzen zwischen der Verwaltungsstelle Hannover und dem Vorstand der IG Metall. Nach vier Wochen wurde der Streik dann von der IG Metall anerkannt und die Streikenden erhielten Streikunterstützungen. Nach vier Monaten des Streiks konnten die Streikenden und die IG Metall ein Verhandlungsergebnis erzielen. Der Betriebsratsvorsitzende Hartung wurde wiederingestellt und der Betriebsleiter Kraus schied aus dem Betrieb aus. Von einer Betriebsvereinbarung zur Mitbestimmung konnte abgesehen werden, da der Betrieb von der britischen Militäradministration liquidiert werden sollte, und die Beschäftigten in anderen Betrieben unterkamen. Auch wenn die Tatsache der Liquidation

⁶⁷ Meine, Hartmut (2020): Gewerkschaft, ja bitte!, S. 55

⁶⁸ Schulz 1990, a.a.O., S. 610 und S. 638

⁶⁹ Betriebsrat der Firma Wabco (2017): »70-jähriges Jubiläum des Betriebsrates bei der Wabco in Hannover – Interne Information für Mitarbeiter«, Hannover

⁷⁰ Die Darstellung stützt sich auf Protokolle der Sitzungen der Ortsverwaltung der IG Metall Hannover vom Juni bis November 1947 sowie auf Hartmann 1972, a.a.O., S. 96 bis 99

des Betriebes unbefriedigend war, wurde in dem vier-monatigen Schmidding-Streik die Kampfkraft der in der IG Metall organisierten Beschäftigten deutlich. Die Unternehmer wollten offensichtlich in einem Präzedenzfall zeigen, was von ihren alten Privilegien geblieben war. Otto Brenner fasst dies zusammen: »Es ging in der Auseinandersetzung um das grundlegende Recht der Belegschaften und um den Schutz der von ihnen gewählten Betriebsvertretungen«. ⁷¹

»Hungerstreiks«

Die Ernährungslage wurde 1947 bis 1948 immer schlechter. Die Beschäftigten in den Hannoveraner Betrieben protestierten dagegen mit der Einstellung der Arbeit und führten Streiks durch, die später als »Hungerstreiks« bezeichnet wurden. Sie fanden nicht nur in Hannover, sondern auch in Braunschweig, Salzgitter und anderen niedersächsischen Städten sowie in Hamburg statt.

Es begann 1947 mit einer Reihe von Demonstrationen, kleineren Sitzstreiks und kurzen Arbeitsniederlegungen, die von Betriebsräten im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften getragen und gestaltet wurden. Höhepunkt war in Hannover die große Kundgebung am 9. Mai 1947. Ziel der Protestkundgebungen war eine ausreichende und gerechte Verteilung von Lebensmitteln. Ab 12 Uhr ruhte in allen Hannoveraner Betrieben die Arbeit. Um 14 Uhr versammelten sich 40.000 Beschäftigte zu einer Kundgebung auf dem Klagesmarkt, bei der u.a. Otto Brenner redete. Zeitgleich demonstrierten in Hamburg über 200.000 Beschäftigte. ⁷²

Die Auseinandersetzungen von 1948 waren noch umfassender und stärker. Neben der schlechten allgemeinen Ernährungslage war die von der britischen Militärregierung und den deutschen Ernährungsbehörden beschlossene Kürzung der Brotrationen für Niedersachsen Auslöser der Proteste. Hinzu kam, dass die versprochenen Fleischrationen nicht bei den Menschen ankamen. In den Protokollen der Ortsverwaltung Hannover wird regelmäßig und ausführlich über Debatten zur schlechten Ernährungslage berichtet.

Der erste Höhepunkt war der eintägige Generalstreik am 3. Februar 1948, der von den Gewerkschaften vorbereitet und durchgeführt wurde. ⁷³ Neben der Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern bei der Lebensmittelverteilung forderten sie die Rücknahme der Kürzung der Brotrationen für Niedersachsen und die Gleichstellung mit anderen Ländern. Die Aktionen vom Februar 1948 blieben zunächst folgenlos. Erst als am 12. April 1948 die Abteilung Schlepperbau der Hanomag in einen inoffiziellen Streik trat, kam es zu größeren Unruhen unter den Beschäftigten der Hannoveraner Betriebe. Die Belegschaft der Abteilung stellte »Siebener Forderungen« auf, die auch andere Abteilungen und die Vertrauensleute übernahmen. ⁷⁴

»Siebener Forderungen« der Abteilung Schlepperbau der Fa. Hanomag vom 12. April 1948

1. Erfüllung der zugesagten Lebensmittelrationen

⁷¹ Zitiert nach Hartmann 1972, a.a.O., S. 98

⁷² Hannoversche Presse vom 13. Mai 1947 und Hannoversche Volksstimme vom 12. Mai 1947. Vgl. auch Hartmann 1977, a.a.O., S. 454ff.

⁷³ Ebd. S. 454

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 457

2. Falls nicht genügend Fleisch zur Verfügung steht, einen gerechten Ausgleich an Fisch, bzw. Eiern und Zucker.
3. Da der Fleischmangel in den letzten Monaten immer stärker in Erscheinung tritt, ist es das Gebot der Stunde, Gefrierfleisch einzuführen.
4. Schließung aller Lokale, in denen trotz Fleischmangels noch Abgabe von Fleischgerichten ohne Markenabgabe erfolgt.
5. Gleichstellung der Brotzuteilung mit den anderen Ländern der westlichen Besatzungszone. Überprüfung der Fleischlieferungen an die Ausländerlager.
6. Einleitung von Lohnverhandlungen, damit durch die dauernden Preissteigerungen ein gerechter Ausgleich geschaffen wird.
7. Schleunigste Durchführung der Warenenthaltung.

Infolge der inoffiziellen Streiks kam Bewegung in die Sache. Es gab mehrere Gespräche zwischen Gewerkschaftsvertretern und der britischen Militäradministration. Am 14. April 1948 trafen sich der hannoversche Stadtkommandant Major Lingham mit Otto Brenner, Alfred Dannenberg, Ernst Winter sowie Vertretern des DGB. Die Gewerkschaftsvertreter verlasen die Streikforderungen und verhandelten darüber. Lingham konnte keine befriedigenden Antworten geben und sagte lediglich zu, der Frankfurter Wirtschaftsbehörde einen Bericht zu schicken.

Ende April kam es dann bei Hanomag und anderen Betrieben zu einer Urabstimmung über Streikmaßnahmen, die auf andere Hannoveraner Betriebe ausgeweitet wurde. Am 27. April beschlossen 200 Betriebsratsvorsitzende der Hannoveraner Betriebe auf einer Versammlung spontan, zum Haus des Ministerpräsidenten Wilhelm Kopf zu marschieren. Kopf solidarisierte sich mit ihnen und sie demonstrierten weiter zum Dienstsitz des Stadtkommandanten Lingham. In den nächsten Tagen wurden in zahlreichen Hannoveraner Betrieben Urabstimmungen und Streiks durchgeführt. Bis zum 5. Mai 1948 standen in Hannover ca. 60.000 Beschäftigte im Streik.⁷⁵ Insgesamt haben sich von Ende April bis Anfang Mai ca. 145.000 Beschäftigte an Streikmaßnahmen beteiligt. In zahlreichen anderen niedersächsischen Städten fanden ebenfalls Streiks und Aktionen statt.

Die Streikbewegung wurde allerdings in Nordrhein-Westfalen, das ebenfalls zur britischen Besatzungszone gehörte, nicht aufgegriffen. Dort sah man die Situation eher als ein niedersächsisches Problem an. Auf einer Betriebsräteversammlung der IG Metall Hannover, hat Otto Brenner am 30. April 1948 ausgeführt: »Es sind Arbeitsniederlegungen spontan erfolgt und es wirkt sich das aus, was wir seit Jahren bereits sagen, dass die Arbeiter am Ende ihrer physischen Kraft sind. Es ist das Resignieren vor der Unfähigkeit einer staatlichen Exekutive. Wir müssen also eine geschlossene Gewerkschaftsaktion daraus machen und es wäre besser, wenn die beiden Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam vorgehen würden. Wir müssen die Dinge so formulieren, dass wir mit einem Erfolg rechnen können. Wir stellen 2 Forderungen, die folgenden Wortlaut haben: 1. Gleichstellung der Länder der Bi-Zone in der Brotverteilung, 2. Die Sicherstellung der Fleischration jetzt in der 113. Periode und die Lieferung der rückständigen Zuteilung hier in Hannover. Diese Forderungen sind realisierbar. Bei der um 11:00 h stattfindenden Besprechung im Ministerium werden wir diese Forderungen stellen. Ohne klare Zielsetzung kann ein Streik nicht geführt werden.«⁷⁶

⁷⁵ Hannoversche Presse vom 5. Mai 1948

⁷⁶ Bericht/Protokoll Betriebsräteversammlung am 30. April.1948, Archiv der IG Metall Hannover

Am 8. Mai 1948 beschlossen die örtlichen Gewerkschaftsvorstände in Niedersachsen, den Streik offiziell zu beenden. Dieser Beschluss löste in den hannoverschen Betrieben zum Teil heftige Reaktionen aus. Auf Betriebsversammlungen, in Resolutionen, Protestschreiben, Misstrauensanträgen und weiteren, spontanen Arbeitsniederlegungen haben Betriebsräte und Belegschaften ihren Unmut, über den Abbruch der Streikmaßnahmen zum Ausdruck gebracht. Aber bereits vier Wochen später konnten die beiden Forderungen von Otto Brenner aus der Sitzung vom 30. April umgesetzt werden. Von Juni 1948 an erfolgte eine Erhöhung der Brotration; im Juli 1948 war in Niedersachsen der gleiche Stand wie in anderen Ländern der Bizone erreicht; auch die Fleischrationen wurden größtenteils nachgeliefert.⁷⁷ Nach der Einführung der D-Mark am 20. Juni 1948 verbesserte sich dann die Ernährungslage deutlich.

Der »Generalstreik« am 12. November 1948⁷⁸

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Lage sowie die erheblichen Preissteigerungen führten Ende 1948 zu erheblichen Unmut bei den Beschäftigten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der britischen Zone und dem Land Bremen rief deshalb für den 12. November 1948 seine Mitglieder zu einer 24-stündigen Arbeitsniederlegung auf, die auch als »Generalstreik« bezeichnet wurde. In einem 10-Punkte-Programm wurde u.a. Preiskontrollen, Maßnahmen gegen Steuerbetrüger, die Demokratisierung der Wirtschaft sowie die Überführung der Grundstoffindustrie und der Kreditinstitute gefordert. Bis auf Bahn und Post beteiligten sich alle Branchen. In der britischen Zone und in Bremen nahmen ca. 10 Millionen Beschäftigte an den Arbeitsniederlegungen teil und demonstrierten an diesem Tag gewerkschaftliche Stärke.

Lohnpolitik und Tarifpolitik

Zwischen Mai 1945 und Ende 1948 galten die Tarifordnungen und die Lohnordnungen aus der Nazi-Zeit unverändert fort. Dies geschah auf der Grundlage der Direktive Nr. 14 des Alliierten Kontrollrates vom 12. Oktober 1945, was faktisch einen Lohnstopp bedeutete, der am 31. September 1946 in Teilaspekten etwas gelockert wurde. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Grundlohn eines Facharbeiters in der Metallindustrie bei etwa einer Reichsmark pro Stunde lag. Bei der damals üblichen Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche lief das auf ein Monatseinkommen von knapp über 200 Reichs-Mark hinaus. Dazu kamen einerseits Zuschläge, andererseits wurde in zahlreichen Betrieben die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich abgesenkt, und zwar aufgrund von Material- und Energiemangel.

Im Frühjahr 1946 kam es in Hannover zu einem großen Hochwasser, das auch zu Produktionsstopps in den Betrieben führte und dazu, dass die Arbeiter keinen Lohn erhielten. Der Lohn für die Arbeiter wurde damals wöchentlich in Bargeld ausgezahlt, das in Briefumschläge (»Lohntüten«) gesteckt wurde.

Durch den Lohnstopp waren die Gewerkschaften nicht in der Lage, in der zentralen Frage von Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie von weiteren tariflichen Verbesserungen aktiv zu

⁷⁷ Hartmann 1977, S. 466

⁷⁸ Ebd., S. 450ff.

werden. Dies stellte für sie eine große Belastungsprobe dar, zumal die Preise ständig stiegen. Es kann davon ausgegangen werden, dass es für die Beschäftigten aller Branchen in der Zeit von 1945 bis 1948 zu deutlichen Reallohnsenkungen kam. Diese für die Gewerkschaften schwierige Situation sollte sich erst im Jahr 1948 ändern. Am 20. Juni wurde die D-Mark eingeführt und am 3. November wurde von den Alliierten der Lohnstopp aufgehoben. Im Zuge dieser Entwicklungen schloss die IG Metall in Niedersachsen und in Hannover schon im September und November erste Tarifverträge mit dem Verband der Metallindustriellen Niedersachsen ab.

Der Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e.V. (VMN)

Die Arbeitgeberverbände wurden bereits 1945 aktiv und begannen – ähnlich wie die Gewerkschaften – mit dem Aufbau von Verbänden und Strukturen. In Hannover spielte dabei Dr. Werner Brendecke vom »Zentral-Büro der Wirtschafts-Verbände Niedersachsens« eine entscheidende Rolle; er war quasi das Sprachrohr der Unternehmerschaft gegen über der britischen Militäradministration und den Gewerkschaften. Er lud in den verschiedenen Branchen Firmenvertreter zu konstituierenden Sitzungen der einzelnen Branchen ein. So wurde bereits am 1. Oktober 1945 der Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e.V. (VMN) gegründet. Vorsitzender wurde – so ist es im Protokoll vermerkt – »Herr Fabrikbesitzer Dr. Hermann Bode von der Bode-Panzer-Geldschrank AG«. Bode war aus der Nazizeit vorbelastet. Erster Hauptgeschäftsführer des VMN wurde Dr. Rudolf Holthausen. Durch die Gründung des VMN hatte die IG Metall einen Ansprechpartner auf Seiten der Unternehmer. Ab 1948 wurden dann VMN und IGM zu Tarifvertragsparteien und schließen bis heute die Tarifverträge für die niedersächsische Metallindustrie ab.

Den ersten Lohntarifvertrag für die Stadt Hannover konnte die IG Metall am 21. September 1948 abschließen; der Tarifvertrag für die Region bzw. das Umland von Hannover folgte am 15. Oktober 1948.⁷⁹ Damals existierten noch keine Tarifverträge für das gesamte Tarifgebiet Niedersachsen, wie es heute der Fall ist, sondern es wurden für 14 Regionen aus Niedersachsen separate Tarifverträge abgeschlossen. Interessant ist, dass diese Tarifverträge wenige Wochen vor Ende des Lohnstopps vereinbart wurden. Otto Brenner unterzeichnete die Tarifverträge für die »Industriegewerkschaft Metall für die britische Zone und Bremen, Bezirksleitung Hannover und Hamburg«. Der Ecklohn für einen Facharbeiter lag in Hannover Stadt bei 103 Pfennigen pro Stunde und mit einer 15%igen Leistungszulage bei 118 Pfennige pro Stunde. Im Umland von Hannover lag er bei 93 bzw. 107 Pfennigen. Damit kamen bei einer 48 Stunden Woche Facharbeiter auf knapp 250 D-Mark im Monat. Frauen waren wie schon in den Tarifverträgen vor 1933 benachteiligt, sie erhielten lediglich 80% der Männerlöhne. Es sollte mehrere Jahrzehnte dauern, bis die offene und verdeckte Lohndiskriminierung von Frauen in den Tarifverträgen abgeschafft wurde.

Die Bedeutung dieser Tarifverträge lag darin, dass überhaupt erstmals wieder Tarifverträge abgeschlossen wurden. Kurz nach Unterzeichnung der Tarifverträge wurden sie von der IG Metall zum frühestmöglichen Zeitpunkt, nämlich den 31.12.1948 gekündigt, um danach über Tariferhöhungen verhandeln zu können.

⁷⁹ Alle im Folgenden genannten Tarifverträge finden sich in den Tarifarchiven des IG Metall Vorstandes und der IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Am 12. Mai 1949 wurde ein Urlaubs-Tarifvertrag vereinbart. Der Urlaubsanspruch war bei einer 6-Tage Woche je nach Lebensalter wie folgt geregelt: bis 18 Jahre: 24 Tage; bis 30 Jahre: 12 Tage; über 30 Jahre: 15 Tage.

Ein neuer Manteltarifvertrag für Arbeiter konnte erst 1954 vereinbart werden. Bis dahin galt die Tarifordnung vom 1.10.1940 aus der Nazi-Zeit weiter. Das bedeutete: Arbeitszeit von 48 Stunden von Montag bis Samstag, kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw.

Die Tarifsituation für Angestellte war wegen der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) kompliziert. Der Arbeitgeberverband VMN schloss am 6. September 1948 einen Gehaltstarifvertrag für Angestellte mit der DAG ab, ohne dass die IG Metall daran beteiligt war. Ob die IG Metall diesen Tarifvertrag übernommen hat oder ob es für die IG Metall Mitglieder im Angestelltenbereich einen tariflosen Zustand gab, ist heute nicht mehr nachvollziehbar. Erst am 24. Oktober 1950 schlossen IG Metall und DAG mit dem VMN gemeinsam einen Gehalts-Tarifvertrag für die Stadt Hannover ab. In ihm waren die monatlichen Gehälter für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie die Meister geregelt, sog. K-, T- und M-Gruppen. Die monatlichen Gehälter lagen

- für kaufmännische Angestellte zwischen 225 DM (K1) bis 475 DM (K4),
- für technische Angestellte zwischen 235 DM (T1) bis 530 DM (T4)
- für Meister zwischen 310 DM (M1) und 450 DM (M4).

Für die Angestellten vereinbarten IGM und DAG mit dem VMN am 22.3.1949 einen Manteltarifvertrag.

Azubis hießen damals bekanntlich Lehrlinge. IG Metall und DAG vereinbarten mit dem VMN am 12. Mai 1949 einen Tarifvertrag über Lehrlingsvergütungen, deren Höhe nach Lebensalter und Lehrjahr gestaffelt war. So verdienten Lehrlinge unter 16 Jahren zwischen 40 DM bis 70 DM. Lehrlinge, die älter als 21 Jahre waren erhielten zwischen 100 DM und 135 DM.